DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Dr. Paul Brandenburg: *Er ist respektierter Arzt – und wird von Regierungsmitgliedern und Pharmalobby terrorisiert.* DW-Interview ➔ Panoramaseiten 12 / 13.

MIT DEMO-KALENDER ➔ Seite 6

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 96 ab Samstag 9. Juli 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler und 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

1. August 2022

WIR KOMMEN ALLE!

Jetzt erst recht!

Demokratiebewegung und Montagsspaziergänger, Landwirte und Pflegekräfte werden am 1. August 2022 zur wohl größten Erhebung in den Jahrhunderten der Geschichte zusammenkommen: 14 Uhr rund um unseren Bundestag.

»Das Regime fällt!«

Bericht ➔ Seite 7



Titelcollage: Anselm Lenz mit Material von FruitmanCZ, DW/Feuerstacke/ Michael Rahn/apolut.net

Corona-Lügner und Kriegstreiber in der Regierung:

TERRORISTEN GRIFFEN DEMO-HELDEN AB

Millionen Bundesbürger strömen in ihre Hauptstadt für Frieden und Freiheit – und er ist das Gesicht der 1.-August-Demonstrationen der deutschen Demokratiebewegung seit 2020. Nun ließen Terroristen in Regierung und Staatsanwaltschaft Michael Ballweg zuhause überfallen und inhaftieren.

29. Juni im Kretschmann-Land Baden-Württemberg: Von kriminellen Regierungsmitgliedern wird ein Stoßtrupp mit Polizeiaufdruck in einen Stuttgarter Außenbezirk geschickt. Der Auftrag läuft allem zuwider, was Demokratie ausmacht: Der frühere Oberbürgermeisterkandidat und weltbekannte »Querdenker« für Nürnberger Kodex, Menschenrecht und Verfassungserneuerung soll weggesperrt werden. Die Staats- und Konzernpresse jubelt, der Vorwand ist fingiert: Angeblich soll Ballweg bei der Steuererklärung einen Fehler gemacht haben.

Bei Redaktionsschluss wird Ballweg weiterhin rechtswidrig festgehalten. Umso mehr mobilisieren Bürgerrechtler für den 1. August 2022 in Berlin: »Jetzt erst recht«, heißt es und #IchSteheHinterMichaelBallweg.

Er wird vom Terrorregime mit antisemitischem Hass verleumdet: Der Demokrat und Unternehmer sei »geldgierig«, mit Monarchisten im Bunde und habe »viele Kontakte«. Volkstribun Michael Ballweg (r.)

#FreeBallweg

➔ Umfrage Seite 4
➔ Bericht Seite 7

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 96. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

NICHTOHNEUNS.DE

Vorkämpfer der Wahrheit

Der Preis der Republik geht an Andreas Schöfbeck.
LAUDATIO von Hermann Ploppa



Am 1. August 2020 wurde der Direktor der Betriebskrankenkasse Provita (BKK) Andreas Schöfbeck »in Dank und Anerkennung um die geleisteten treuen Dienste« zu seinem 40. Dienstjubiläum von der bayerischen Staatsregierung ausgezeichnet.

Schöfbeck war 2001 zur BKK gekommen, hatte seine Kasse mit neun weiteren BKKs fusioniert und den Wirkungskreis auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt. Lob seiner Firma: »Schöfbeck setzt sich sehr für ganzheitliche Gesundheit und Umweltschutz ein.« Seine Kasse sei gemeinwohlorientiert. Im Sinne des Gemeinwohls handelte Schöfbeck auch im Februar dieses Jahres.

Er ließ die Anzahl der Impfnebenwirkungen durch die neuen mRNA-Vakzine für alle Betriebskrankenkassen ermitteln und rechnete die faktenbasierten Befunde seines Hauses hoch auf alle 61 Millionen Geimpften in Deutschland: Demzufolge müssten zweieinhalb bis drei Millionen Geimpfte einen Schaden davongetragen haben. Im März wurde Schöfbeck deswegen fristlos gekündigt. Die jüngsten Ereignisse haben ihm vollständig Recht gegeben (siehe Seite 9).

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Andreas Schöfbeck. Die Auszeichnung wird seit dem 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel.

Wir



Hendrik Sodenkamp (l.) und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser,

Wer hätte das gedacht? Die Zeit ist reif für eine echte Revolution, alles andere ist Quark. Das friedliche und dezentrale Demo-Netzwerk wächst wieder. NichtOhneUns. Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes berechtigt uns zur Verteidigung, Artikel 146 zur Verfassungserneuerung.

♡-lich

Sodenkamp Lenz

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Statt eines Nachrufs

EINWURF *von Werner Köhne*

Vor einigen Tagen diese Nachricht: der Journalist Markus Gärtner plötzlich verstorben. Lange Zeit schon war mir die unaufgeregte Art seiner Blog-Beiträge, genährt aus Vernunft, guter Beobachtung und präziser Analyse, aufgefallen, auch seine bärenhaft stoische Art im Meer der Meinungen und Informationen.

Was bedeutet, dass so ein Mensch, ein Mitstreiter im Kampf gegen eine irreversibel anmutende gesellschaftliche Deformation, aus dem Leben gerissen wird? Was an Erinnerungen, vielleicht gar Hoffnungen, verbinden wir fortan mit ihm? Er sollte in unseren Herzen weiter leben, lautet eine rituelle Form des Nachrufs. Eine andere, dass er in Frieden ruhen möge. Zu mehr Wohl findet eine sich selbst fremd gewordene Wertegemeinschaft geläufig nicht, die – wie der Philosoph Jean Baudrillard fand – den symbolischen Tausch zwischen Leben und Tod zugunsten eines abstrakten Verhältnisses zwischen beiden aufgab. Aktuell trat hinzu, dass die Coroniert-Verirrten diese moderne Abstraktion wesentlich mittrugen: Da ist das Leben, da ist der Tod. – Sonst wäre da nichts?

So züchtet man lebende Tote und schränkt eine »conditio humana« ein: Leben wäre demnach nur die Abwesenheit von Tod. Das aber kann doch nicht alles sein. Wer die Videobeiträge von Markus Gärtner gesehen hat, weiß, dass er in seiner Vorliebe für Details dem Leben zugewandt war, ohne den Tod zu scheuen. Sicher, da bleibt diese Einsicht in die Absurdität des Daseins, die einst Albert Camus so versinnbildlichte: Er hielt den antiken Sisyphus, der in ständiger Vergeblichkeit den Stein einen Berg hochrollen muss, für einen »glücklichen« Menschen.

Dass diese Vergeblichkeit getaucht ist in Freiheit, erfährt der »Fremde« in Camus gleichnamigem Roman. Da nimmt ein zum Tode Verurteilter noch einmal die »zärtliche Gleichgültigkeit der Welt« wahr. Dieses Eintauchen ins Mysterium des Lebens ergreift ihn, wenn er vom nahegelegenen Hafen das Rauschen des Meeres hört und die Geräusche der Arbeiter hört und er sich an die Haut seiner Geliebten erinnert. Wie schön wäre es, wir könnten mit Markus Gärtner in der Erinnerung einen ähnlichen Augenblick des Glücks teilen.



DIE GESINNUNGSWÄCHTER

Regierungskritiker wie Angelika Weiz werden auf Wikipedia in DDR-Manier diffamiert und verleumdet.
Von Markus Fiedler



Politik und Medien folgen der selben Agenda: Great Reset zum Vorteil der herrschenden Klasse. Foto: Georgi Belickin

Es gab in der DDR von der sozialistischen Einheitspartei SED, dem Zentralkomitee der SED und den nachgeordneten Verantwortlichen für Kultur genaueste Vorgaben, wie das Kulturleben auszusehen hatte. Da durfte zum Beispiel nicht Englisch gesungen werden.

Die schwarze Rock- und Soul-Sängerin Angelika Weiz kam deswegen auf den Schirm der Kulturwächter der DDR. Weil Sie damals das FDJ-Lied »Unsere Heimat« neu interpretierte und um eine sehr kritische Strophe erweiterte und damit die allgegenwärtige Umweltverschmutzung in der DDR anprangerte, merkte sie recht schnell die Zensurkeule der ach so demokratischen Republik. Das Stück wurde zwar aufgenommen, aber die Schallplatte wurde nie veröffentlicht.

Falls Sie jetzt meinen, dass das ja in der Bundesrepublik – also im besten Deutschland aller Zeiten – besser aussehen müsste, liegen Sie falsch. Hier dürfen Sie selbstverständlich in jeder erdenklichen Sprache singen und sogar die größten Unverschämtheiten bis hin zu jugendgefährdenden Texten ins Mikrofon brüllen, siehe Bushido und Konsorten. Alles kein Problem. Aber wehe, Sie lassen sich mit den falschen Leuten ein. Dann ist Schluss mit lustig. Und wer die falschen Leute sind, darüber wachen die Gesinnungswächter in der Wikipedia.

WIKIPEDIA AGIERT ALS PRESSESPIEGEL DER NATO

Regierungskritiker sind natürlich nicht gerne gesehen. Denn wenn eines klar ist, dann dass die Wikipedia als Nato-Pressespiegel immer stramm auf Linie mit der Regierung agiert. Das glauben Sie nicht? Dann gucken Sie sich bitte wenigs tens einige wenige Folgen vom Format »Geschichten aus Wikihausen« unter www.wikihausen.de an. In der Wikipedia gibt es einige Akteure mit politischer Agenda bis hinauf in die Führungsriege der Administratoren. Sie bestimmen, was in der Wikipedia stehen darf und was nicht. Das betrifft sowohl ganz unverhohlene Werbung für pharmazeutische Produkte als auch vor allem Propaganda zu geopolitischen Themen.

Angelika Weiz hat in den Augen der Wikipedianer den Fehler begangen, sich mit anderen Systemkritikern einzulassen. Wurde sie als Systemkritikerin der DDR in der Deutschen Welle, dem Auslands-Ausspielungskanal der deutschen Regierung, im Jahr 2009 noch hochgelobt, so ist das natürlich nicht gern gesehen, wenn sie plötzlich die Zustände in der BRD ebenfalls kritisiert. Angelika Weiz hat zusammen mit Xavier Naidoo und einigen anderen aus der Widerstandsbewegung gegen die verfassungswidrigen Corona-Maßnahmen im Projekt »Die Konferenz« ein Stück eingesungen. Das Stück trägt den Titel »Heimat«. Im Stück geben die Interpreten ihrer tiefen Sorge Ausdruck, dass Deutschland derzeit in ein totalitäres Staatswesen umgebaut werde. Und abermals eckt Angelika Weiz mit nahezu dem gleichen Titel wie in der DDR an.

Jetzt ist aber nicht wichtig, was sie singt. Der Text des Titels »Heimat« ist massentauglich und wird wahrscheinlich von weit über 90 Prozent der Bürger dieses Landes aus Überzeugung mitgetragen. Diesmal ist wichtig, mit wem sie den Titel eingesungen hat. Das zielt natürlich nicht auf eine demokratische Auseinandersetzung mit den Inhalten, sondern auf einen Angriff auf die Person.

Im Wikipedia-Artikel zu Angelika Weiz ist nach der Bearbeitung der »Men on a Mission«, wie die Politwächter wikipediaintern genannt werden, folgendes zu lesen: »2021 beteiligte sich Weiz am Song »Heimat« des Projektes »Die Konferenz«. Ebenfalls beteiligt waren Personen wie der Rechtsextremist und Sänger der deutschen Band Kategorie C, Hannes Ostendorf, der ehemalige AfD-Politiker Heinrich Fiechtner, die Verschwörungsideologen Xavier Naidoo, Oliver Janich, Jo Conrad sowie das dem Laienprediger Ivo Sasek zugeordnete neurechte Nachrichtenportal *klagemauer.tv*.«

FRAMING UND KONTAKTSCHULD

Autoren dieses Abschnittes sind die Wikipedia-Autoren »RoBri« und »Xtristarx«. Schützenhilfe bekommen sie von der Administratorin und Bürokratin »Itti«, die den Artikel auch gegen den Widerstand anderer Wikipedia-Autoren in der gewünschten Version sperrt und so zementiert. Nachdem wir in der Sendung Nr. 72 von Geschichten aus Wikihausen diesen Rufmord an Angelika Weiz dokumentiert und ausführlich thematisiert haben, wurde der diskreditierende Absatz weiter »verfeinert«. Jetzt liest man dort »am Projekt wirkten etwas mehr als 15 Personen mit, die zu nicht geringen Anteilen aus dem Querdenker-, Impfgegner- und Reichsbürger-Umfeld stammen.« Hier werden Querdenker und Impfgegner mit Reichsbürgern in einem Atemzug genannt. Wir finden also das *Framing* vor, dass wir aus der Propaganda der Lei(d/t)medien schon ausführlichst kennen.

Es beweist sich an diesem Fall einmal mehr die Einschätzung einer Wikipedia-Studie der Purdue Universität in Indiana: Nur ein Prozent der Wikipedianer schreiben 77 Prozent der Artikel. Und die zumeist auch soziopathisch veranlagten Schreiber ziehen maximalen Lustgewinn aus dem Wissen, dass sie über die Wikipedia Macht ausüben können. Was unterscheidet also die Bundesrepublik von dem Unrechtsstaat der DDR? Hier können sie Bananen kaufen. Fragt sich nur, wie lange noch und zu welchem Preis.



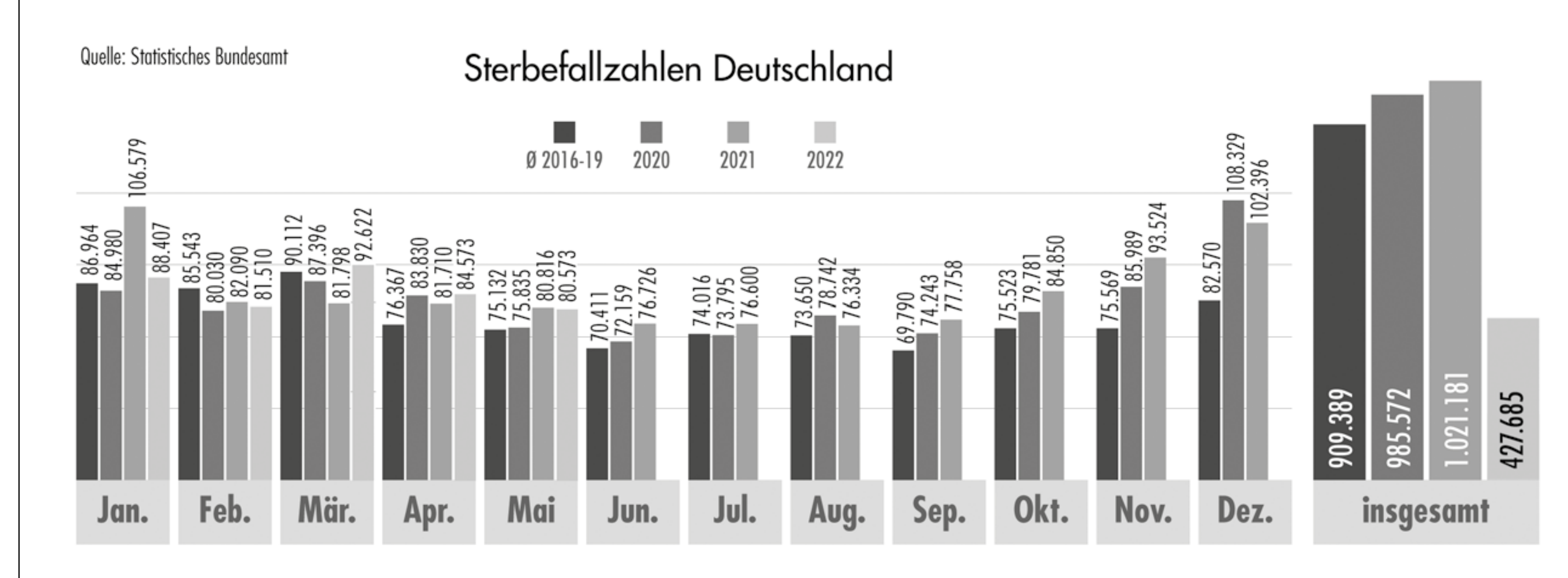
Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

MELDUNG

EINBRUCH DER GEBURTENRATEN

Berlin/DW. Im ersten Quartal 2022 ist die Anzahl der Lebendgeborenen unter anderem in Deutschland, der Schweiz, Ungarn, den Niederlanden und Taiwan zwischen circa 10 und 20 Prozent eingebrochen.

Die Gründe dafür sind unklar, denn auch in Schweden wurden weniger Geburten verzeichnet, sodass »Maßnahmen« als Ursache ausfallen. Neuseeland, Australien und Singapur mit sehr hohen Durchimpfungsraten geben keinen Geburtenrückgang an. Laut Statista sind die Zahlen in Deutschland als vorläufig zu betrachten. (abe)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

WIE ANTISEMITISCH IST DAS CORONA-REGIME?

Berlin/DW. Wir fragten zum »Corona-Putsch in der BRD: Politische Gegner werden seit 2020 systematisch z.B. als ›Schädlinge‹, ›geldgierig‹ und als Monarchisten-Freunde an den Pranger gestellt (Staats- & Konzernmedien). Wie antisemitsch ist dieser neue Extremismus der Mitte?«

Für die *Online*-Umfrage der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) gingen von Dienstag auf Mittwoch 652 Stimmen ein. 252 Stimmen oder 39 Prozent antworteten mit: »Das Regime ist antisemitisch in allen Teilbereichen: quartär, tertiär, sekundär, teilweise auch primär.« 14 Prozent oder 90 Stimmen entfielen auf: »Das Regime ist nur quartär antisemitisch (Verkehrung des Antisemitismus zur plumpen Beschimpfung).« 4 Prozent oder 27 Stimmen: »Das Regime ist tertiär antisemitisch (z.B. ›Ballweg ist geldgierig und hat viele Kontakte‹). 2 Prozent, also 16 Stimmen: »Das Regime ist sekundär antisemitisch (Bilderverbot: ›im Haus des Henkers den Strick nicht erwähnen‹). 2 Prozent oder 10 Stimmen: »Das Regime ist primär antisemitisch, weil es Juden existentiell angreift, wegsperrt, segregiert, ...« 257 Stimmen (39 Prozent) enthielten sich aktiv mit der Antwort » Weiß nicht / mag die Frage nicht«. Umfrage und Meldung: Anselm Lenz.

IN ENGLISH, PLEASE!

Berlin/DW. Die FDP hat ein Zehn-Punkte-Programm zur Erleichterung der Einwanderung vorgelegt. Dieses sieht unter anderem die Etablierung des Englischen als zweite Amtssprache in Behörden vor. Dadurch solle die Hürde für dringend benötigte Fachkräfte aus dem Ausland erleichtert werden, erklärte die Bundesbildungsministerin Betinna Stark-Watzinger. (nir)

FREISPRUCH FÜR ANDREAS KUNZ

Berlin/DW. Im Gerichtsverfahren um den vom eigenen Polizeiauto überrollten Polizisten gab es am 6. Juli 2022 für den Heilpraktiker Andreas Kunz vor dem AG Tiergarten einen klaren Freispruch. Zum einen war ein Video einer Überwachungskamera aufgetaucht, das von einer Ermittlungsgruppe der Berliner Verkehrspolizei gefunden und eingereicht wurde. Zum anderen hat sich der verletzte Polizist vor Gericht selbst um Kopf und Kragen geredet. Obwohl er mehrfach eindringlich vom Richter auf §55 StGB (Falschaussage) hingewiesen wurde, verhedderte er sich ständig und blieb im Grunde bei seiner ursprünglichen Behauptung, dass er Opfer einer Gewalttat durch Kunz gewesen war. In diesem Verfahren konnte gezeigt werden, dass aufgestachelte Polizisten auf Demos und bis in den Gerichtssaal versuchen, die Demokratiebewegung mit unlauteren Mitteln als gewaltbereit darzustellen. (ber)

Eine Bewegung mit viel Potenzial

Ein Kommentar zu Deutschlands demokratischer Studentenbewegung »Studenten Stehen Auf«. | Von Luca Wagner

Seit nunmehr zwei Jahren existiert die Bewegung »Studenten Stehen Auf«. Vielen jungen Menschen gibt sie in einer enorm düsteren und einsamen Zeit die Möglichkeit zur Vernetzung und gemeinsamen Aktionen.

Ob durch Kennenlerntreffen der jeweiligen Ortsgruppen, gemeinsame Demos, Ausflüge, Volleyball-Turniere oder Think-Tank-Tagungen, »Studenten Stehen Auf« wurde zu einem Auffangbecken und einem Hoffnungsschimmer für all jene, welche sich mit ihrer Meinung oft alleine, missverstanden und ausgeschlossen fühlten.

WIE SIEHT DIE ZUKUNFT DIESER VIELVERSPRECHENDEN BEWEGUNG AUS?

Wünschenswert wäre eine größere Durchschlagskraft und Zielstrebigkeit in Entscheidungsprozessen, welche aktuell durch entstandene hierarchische Strukturen erschwert wird. Dies ist ein altbekannter Prozess bei einer so jungen, auf basisdemokratischen Werten basierenden Bewegung, führt aber auch zu Unmut unter den Partizipierenden und kooperierenden Bewegungen, was den Fortschritt und das Potential dieser wunderbaren Vereinigung hemmt. Vorbildhafte Beispiele für das zielstrebige Umsetzen öffentlichkeitswirksamer Aktionen liefern andere, europaweit entstandene Studentenbewegungen, wie in Italien, den Niederlanden oder Litauen. Dort findet eine viel tiefgreifendere Vernetzung mit lehrendem Personal, aber auch der Politik statt. In Litauen führte es dazu, dass es den Studenten schon mehrfach möglich war, in ihrem Parlament ihre Anliegen vorzutragen. In Italien befindet sich die Studentengruppe in regem Austausch mit Philosophen und weiteren Kulturschaffenden: Kongresse, Fortbildungen zum Thema und »digital detox«.

Es ist offensichtlich, dass die Meinungs- und Konsensfindung in diesen Gruppen deutlich leichter fällt, da sie beträchtlich weniger Mitglieder zählen als »Studenten Stehen Auf« in Deutschland. Dennoch kann eine gestandene und sehr groß gewordene Organisation wie »Studenten Stehen Auf« von der Dynamik und der Arbeitsweise dieser kleineren Gruppen lernen – im Austausch und in internationaler Kooperation. Für Stauf in Deutschland meine ich: Jetzt nicht einschlafen, sondern machen!



Luca Wagner ist Student in Halle, Mitglied von stauf.org und aktiv in der Demokratiebewegung für Verfassungserneuerung.



BERLINER CHARITÉ GRENZT UNGEIMPFTE AUS

Berlin/DW. Schnitzel und kaltes Bier – nur für Gespritzte und Genesene. Ein Fest sollte eigentlich Menschen verbinden und versöhnen, nicht so bei der Berliner Charité: Am vergangenen Wochenende veranstaltete sie ein Sommerfest für die Belegschaft und ließ diese Gelegenheit nicht ungenutzt, um weiterhin ungespritzte und nicht genesene Mitarbeiter auszugrenzen. Demokraten trafen sich deshalb zu einer Mahnwache unmittelbar vor dem Eingang der festlichen Veranstaltung und protestierten gegen die Spaltungsversuche der Charité. (dol)

Niederländische Bauern im Überlebenskampf

Der Ausstoß von Stickstoff soll in den Niederlanden drastisch reduziert werden. Die betroffenen Bauern protestieren massiv. | Von Hermann Ploppa

Unser westlicher Nachbar, die Niederlande, kommt nicht zur Ruhe. In der harten Phase der Corona-Kampagne waren Massen auf der Straße und in den Grünflächen, um ihr Recht auf freie Bewegung zu dokumentieren. Die Proteste erlangten breite Unterstützung, unter anderem auch von Militärveteranen. Und jetzt geht eine Welle des Protestes durch die gesamten Niederlande.

Die kampfentschlossenen Bauern wollen die von der Regierung verordnete Reduzierung von Stickstoff in der Landwirtschaft massiv einschränken. Tatsächlich soll der Stickstoffausstoß in der Fläche um die Hälfte bis zum Jahr 2030 reduziert werden. In der Nachbarschaft von Naturschutzgebieten soll der Ausstoß sogar um bis zu 70 Prozent heruntergefahren werden.

Die Bauern fürchten, dass bis zu einem Drittel aller Betriebe diese Umstellung finanziell nicht wuppen kann und dann aufgeben muss. Nun sind die jetzt angekündigten reduzierten Stickstoffwerte bereits seit Jahren Standard innerhalb der EU. In den Niederlanden hat das oberste Verwaltungsgericht die Umsetzung der EU-Richtlinie im Jahre 2019 auch für die Niederlande verbindlich vorgeschrieben. Die Regierung hatte diese Vorgabe bis jetzt vor sich hergeschoben. Denn es war absehbar, dass die Umsetzung der Stickstoffminderung auf harten, wenn nicht gar militanten Widerstand der Bauern stoßen würde. Die Landwirtschaft der Niederlande ist so intensiv wie in kaum einem anderen Land der Erde. Nur unter Anwendung chemischer und energieintensiver Hilfsmittel können so hohe Ernteerträge auf geringer Bodenfläche erzeugt werden, das kleine Land arbeitet zum großen Teil für den Export. Auf die Dauer sind hier Maßnahmen zur Umweltschonung unumgänglich.

Jedoch erfordern diese Reformen grundlegende Investitionen, die sozial verträglich sind. Und hier sind die Mängel erkennbar. Die Politik hat nicht erkennen lassen, wie sie die Fortexistenz der bedrohten Bauernhöfe gewährleisten kann. Vermutlich ist eine weitere Kapitalkonzentration zu größeren industriellen Agrarfabriken durchaus politisch gewollt.

Von daher ist es nur zu verständlich, dass die existenziell bedrohten Landwirte sich jetzt massiv zur Wehr setzen. Die Auslieferungszentren der großen Supermarktketten werden belagert und gesperrt. Die Fischereiarbeiter haben sich solidarisiert und streiken ebenfalls. In einer spektakulären Aktion wurde der Garten des Hauses der Umweltministerin mit Gülle beregnet. Bislang hielt sich die Polizei zurück. Doch aktuell ist von der Beschießung von Bauern durch die Polizei die Rede. Der populäre ehemalige niederländische Innenminister Johann Remkes soll jetzt als Vermittler nach einem annehmbaren Kompromiss suchen. Eine Lösung des Problems erfordert umfangreiche Umstrukturierungen der niederländischen Landwirtschaft, die für alle Seiten sozial verträglich ist.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Neues aus Wokistan

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick | Von Nadine Strotmann

Erstmalig ist die deutsche Handelsbilanz ins Minus gerutscht. Deutschland hat mehr Waren eingeführt als ausgeführt – der Abstieg ist damit offiziell. Aber was macht das biss chen weniger Wohlstand schon, wenn man zwar im Winter friert und im Dunkeln sitzt, dafür aber jährlich sein Geschlecht wechseln kann? Herzlich Willkommen im neuen Deutschland! Gehen Sie weiter, hier gibt es nichts zu sehen!

Ade, Exportweltmeister! Ade, Wohlstand! Vergangene Woche mehrten sich die Hiobsbotschaften. In der Fachpresse überall derselbe Tenor: Es geht wirtschaftlich bergab, wir sind bereits in einer Rezession. Seit 1991 hatte Deutschland kein Monatsminus mehr in seiner Handelsbilanz, selbst während der inszenierten Corona-Krise blieb die Bilanz noch im Plus.

Zum Vergleich: In guten Zeiten konnte Deutschland rund zehn Milliarden an monatlichen Überschüssen verbuchen. Doch die Sause ist Dank der selbstkasteienden Sanktionen gegen Russland nun endlich vorbei! Der Mai in diesem Jahr brachte eine satte Minus-Bilanz von fast einer Milliarde Euro. Ob die dafür verantwortliche, ferngesteuerte Rot-Grüne Bande in Berlin schon die Korken knallen lässt?

Den meisten Menschen in Deutschland scheint immer noch nicht bewusst zu sein, auf welche hausgemachte Krise wir zusteuern. Statt auf die Straße zu gehen, die Parlamente zu belagern und endlich den Mund aufzumachen, schaut der Deutsche weiter Verblödungs- und Unterhaltungsformate mit den bekannten, geliften Moderatorinnen Jenseits von Alter, Verstand und Gut und Böse. Falls es Ihnen noch immer nicht klar ist: Uns drohen massive Arbeitsplatzverluste, Alters- und Kinderarmut, zugeteilte Heiz- und Warmwasserrationen, Lebensmittelknappheit, eine Hyper-Inflation und zu guter Letzt: Bürgerkrieg. Die nächste Stufe des *Great Reset* ist gezündet: Das Haus steht noch, aber die Flammen lodern.

DER DEUTSCHE MICHEL SOLL BLOSS NICHTS WISSEN

Oskar Lafontaine, früherer SPD-Mann und einst Gründer der Links-Partei, findet zu der selbstgemachten Energiekrise deutliche Worte auf seinem Facebook-Profil und fordert die Öffnung von Nordstream 2. In seinem letzten Satz fasst er zusammen: »Keine Bundesregierung hat das Recht, Millionen Deutsche ärmer zu machen und die deutsche Wirtschaft zu ruinieren.« Ich sage Ihnen, dass sich all diese vernünftigen Appelle gegenüber einer wahnsinnigen Regierung in Luft auflösen werden.

Wir müssen es vielleicht den niederländischen Bauern nachmachen. Dort belagern Landwirte mit Traktoren und schwerem Gerät Autobahnen, Regierungsgebäude, schieben Heuballen auf Straßen, blockieren Supermärkte, Bürger schließen sich massenhaft an. Der Grund: Das neue Stickstoffgesetz der Europäischen Union (EU), die mögliche Enteignung niederländischer Bauern als Konsequenz der nationalen Erweiterung. Die internationale Presse berichtete bereits, in Deutschland schweigen sich die Leitmedien tot. Der Michel könnte auf dumme Gedanken kommen.



Sein Geschlecht selbst aussuchen und einmal jährlich wechseln dürfen – sind das die Freiheiten, die sich die Bürger wünschen? *Foto: Georgi Belickin*

HEUTE MANN, MORGEN FRAU

Und während der größten drohenden Wirtschaftskrise dieses Landes bringt die regierende, linksextreme Kaste ein sogenanntes Selbstbestimmungsgesetz auf den Weg. Als Treiber präsentiert sich die denaturierte FDP, die offensichtlich selbst nicht mehr weiß, wer oder was sie ist. Falls Sie es also auch noch nicht wissen: Sie dürfen sich zukünftig Ihr Geschlecht selbst aussuchen und dieses jährlich einmal wechseln. Grundrechte gibt's erstmal nicht zurück, aber braucht ja auch kein solidarischer Bürger mehr. Es bleibt wahnsinnig. Bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

Der Kölsche Jung

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

In Köln bezeichnet man hier geborene männliche Bürger als »Kölschen Jung«. Das trifft auch auf meine Person zu. Das hat den Vorteil, dass man zumindest das »Kölsch« als Sprache verstehen kann beziehungsweise sollte und im Idealfall auch spricht – so wie ich.

Wenn dann noch ein Mandant sich ausschließlich dieses Dialektes bedient, hat man es als »Eingeborener« dann wesentlich einfacher in Sachen Kommunikation. So konnte ich den hier in Köln als eben Kölschen Jung auftretenden Mandanten im Vorfeld optimal betreuen. Der Fall, der vor dem AG Köln stattfand, war dann weniger lustig: Verstoß gegen das Kunsturhebergesetz wegen der Verbreitung eines Bildnisses von Personen ohne deren Einwilligung. Gegenstand der Veröffentlichung des Kölschen Jung war eine Polizeifestnahme in der Kölner Innenstadt, die heftig war und einen Maskenverstoß zum Inhalt hatte. Der Kölsche Jung war hierüber so erbost, dass er das Video im Dezember 2020 als sogenanntes »Zeitgeschehen« auf Facebook weiter geleitet hatte. Es folgte ein Strafbefehl, der nach Einspruch nun verhandelt wurde.

Und hier machte der mir bekannte Richter seinen Job. Denn in derartigen Fällen stellen sich schwierige Rechtsfragen, die ein Normalbürger bereits gar nicht vortragen geschweige denn beantworten kann. Das habe ich dann für den Kölschen Jung übernommen und siehe da, der Richter hatte dieselben Fragen und vor allem Bedenken, weshalb er zunächst auf Grund der Schwierigkeit der Sache eine Beiordnung zum Pflichtverteidiger vornahm, dann das Verfahren ohne Auflagen einstellte und schließlich die Akte dem Prüfungsamt vorlegte. Es kann also sein, dass in Zukunft Studenten sich mit den zahlreichen Rechtsfragen befassen werden, die dieser Fall aufwarf.

Der Kölsche Jung war ob soviel aufblitzender Rechtsstaatlichkeit zufrieden, weshalb es hierauf ein Kölsch gab. Prost !

Dirk Sattelmaier ist Rechtsanwalt und Journalist.



VERFASSUNGSGEBENDE VERSAMMLUNG

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

»Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.«

So lautet der letzte Artikel des Grundgesetzes, ein Artikel der kontrovers wie kein zweiter innerhalb der Demokratiebewegung diskutiert wird. Spätestens seit dem 29. August 2020, der Ausrufung der verfassungsgebenden Versammlung auf der Querdenken 711 Bühne in Berlin, wird heftig darüber debattiert, ob wir eine »echte« Verfassung brauchen, um beispielsweise die Corona-Krise zu überwinden oder künftige Rechtsbrüche zu verhindern.

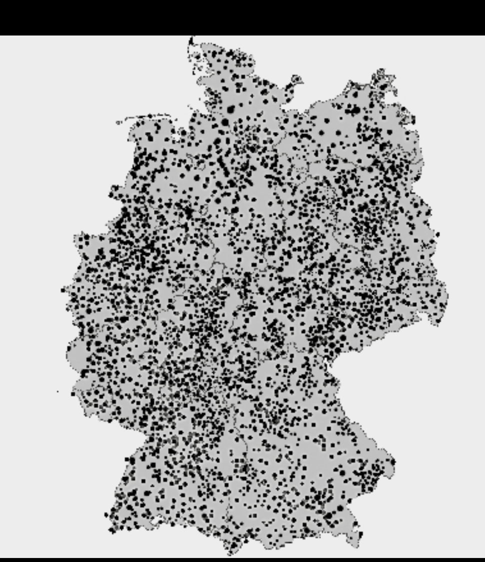
Ich halte das Thema für eine Geisterdiskussion, da die Corona-Maßnahmen praktisch weltweit durchgesetzt wurden. In Demokratien mit selbst gegebenen Verfassungen, in Diktaturen, autoritären Staaten und in Deutschland, mit dem Grundgesetz als höchstem nationalen Recht. Jedem Volk steht es frei, sich in freier Selbstbestimmung eine (neue) Verfassung zu geben. Art. 146 GG verweist daher nach meinem Verständnis lediglich auf eine völkerrechtliche Selbstverständlichkeit hin.

In einer neuen Verfassung die Lösung der Corona-Krise zu sehen halte ich für völlig unrealistisch, schon mangels ausreichender demokratischer Legitimation. Ideen einbringen kann jeder, aber wer gibt »uns« das Recht für 83 Millionen Menschen zu sprechen? Was wäre wohl passiert, wenn im Sommer 2020 eine neue Verfassung beschlossen worden wäre? Wäre diese in unserem Sinne gewesen? Nebenbei, im Moment würde bei einer neuen Verfassung wohl Klaus Schwab mitschreiben.

Eine nüchterne Betrachtung der Veränderung der Gesellschaft seit 1949 lässt nur einen Schluss zu. Das was heute politisch mehrheitsfähig ist, ist gerade in Bezug auf unsere Grundrechte um ein vielfaches schlechter als die Regelungen, die das Grundgesetz vorgibt und die bis März 2020 zumindest einigermaßen eingehalten wurden. Natürlich muss das Grundgesetz ergänzt werden um künftige Krisen zu verhindern, beispielsweise durch eine Selbstentmachtung der Regierung im Ausnahmezustand. Aber unsere Forderung muss sein, dass die Rechte, die uns das Grundgesetz gibt, eingehalten werden.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.

IMMER MONTAGS!

Seit 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung mit dem Grundgesetz spazieren. In über 2.000 Orten in Deutschland demonstriert die größte und langanhaltendste Erhebung der Geschichte jeden Montag für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Unten sind die größten Spaziergänge aufgelistet. Auf *NichtOhneUns.de* und beispielsweise online in t.me/zaehlerspaziergänge finden Sie die Liste aller über 2.250 gemeldeten Montagsdemonstrationen. Wir nennen hier größere Spaziergänge aus jeder Region, an denen Sie sich orientieren können.

MONTAGSSPAZIERGÄNGE FÜR AUFKLÄRUNG UND GEGEN JEDEN IMPFZWANG

AALEN, 18:30 Uhr, Marktplatz – ADELSDORF, 18:30 Uhr, am Marktplatz – AHRENSBÖK, 18 Uhr, Rathaus – BAD LANGENSALZA, 19 Uhr, vor dem Teeladen – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BERLIN-PANKOW, 17:45 Uhr, Alte Pfarrkirche – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CRIMMITSCHAU, 18 Uhr, am Markt – DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – DINSLAKEN, 19 Uhr, am Rathaus – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EGGENFELDEN, 18 Uhr, am Stadtplatz – EISENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FEUCHTWANGEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – FISCHBACHAU, 18 Uhr, am Wanderparkplatz – FRAUENSTEIN, 18 Uhr, am Markt – FREIBERG AM NECKAR, 18 Uhr, am Rathaus – GAILDORF, 18:30 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – GEISENHAUSEN, 19 Uhr, Rathaus – GLÜCKSBURG, 18 uhr, am Schlossparkplatz – HACHENBURG, 18 Uhr, Alter Markt – HALBERSTADT, 19 Uhr, am Domplatz – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – HERZOGENAURACH, 19 Uhr, am Marktplatz – IMMENSTADT, 18 Uhr, Marienplatz – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – KAPPELN, 18 Uhr, am Rathaus – KARLSFELD, 18 Uhr, am Rathaus – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUENBURG, 18 Uhr, am Rathaus.



DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum/Zeit	Ort	Art
Sa, 9.7.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 9.7.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 9.7.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug
Sa, 9.7.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 9.7.2022 14-17 Uhr	Fulda, Am Bahnhof	Demo
Sa, 9.7.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 9.7.2022 14-18 Uhr	Hannover, Ritter-Brüning-Straße, neben Hochschule	Autokorso
Sa, 9.7.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 9.7.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 9.7.2022 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 10.7.2022 14-17:30 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Demoaufzug
So, 10.7.2022 18-19:30 Uhr	Bayern, Spittelmühlweg	Spaziergang
So, 10.7.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 10.7.2022 11-15 Uhr	Kaiserslautern, Volkspark	Klappstuhlfrühstück
So, 10.7.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
So, 10.7.2022 14-19 Uhr	Remscheid, Schützenplatz	GROßDEMO
Mo, 11.7.2022 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnnentempel	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Breite Str. 37	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 11.7.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 11.7.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Rathaus	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 11.7.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlentor	Demo
Mo, 11.7.2022 17:30-20 Uhr	Hamburg, Winterhuder Marktplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 11.7.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 11.7.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 11.7.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 11.7.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Bürgergarten	Bürgerstammtisch
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 11.7.2022 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Di, 12.7.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und Mittelstreifen Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 12.7.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 12.7.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 12.7.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 12.7.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 13.7.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 13.7.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 13.7.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 13.7.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 13.7.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 13.7.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 13.7.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Do, 14.7.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 14.7.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 14.7.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 14.7.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 14.7.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 14.7.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 15.7.2022 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 16.7.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 16.7.2022 15:30-19 Uhr	Düsseldorf, Burgplatz	Demo und Umzug
Sa, 16.7.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 16.7.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 16.7.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 16.7.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Fahrradkorso
Sa, 16.7.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 16.7.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 16.7.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 16.7.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 16.7.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
So, 17.7.2022 14-17 Uhr	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug
So, 17.7.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 17.7.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Sa, 30.7.2022 14-19 Uhr	Berlin, am Bundestag	Umzug
Sa, 30.7.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 1.8-7.8.2022 14-20 Uhr	Berlin, am Bundestag	Umzug
Sa, 6.8.2022 14-22 Uhr	Berlin, Mauerpark	FRIEDENSFEST
Mi, 17.8.2022 18-21:30 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Kundgebung und Aufzug
Fr, 9.9.2022 9-15 Uhr	Berlin, Platz der Republik	GROßDEMO
Sa, 17.9.2022 15-22 Uhr	Köln, Rudolfplatz	Kundgebung und Aufzug
So, 2.10.2022 10-18 Uhr	Bodensee, im Osten des Friedensee	FRIEDENSKETTE

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN



15 SCHRITTE ZUR VERNICHTUNG

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Natascha Strobl veröffentlichte am 3. Februar 2020 einen Text unter dem Titel »In 15 einfachen Schritten zur Vernichtung«.

Hierin schreibt sie: »Faschismus und all seine Vorlaufstadien funktionieren über die Verwendung einer gewissen Sprache. Die wichtigste Funktion dieser Sprache ist die Markierung des Feindes und daran anschließend die Entmenschlichung des Feindes. Der Feind ist in diesem Zusammenhang kein ebenbürtiges, gleichrangiges Gegenüber, sondern eine marginalisierte Gruppe.

Dieser werden schlechte Eigenschaften angedichtet, die einen Schaden für das große Ganze anrichten. Der logische Schluss daraus ist immer, diese Gruppe zu entrechten, diskriminieren, sanktionieren und in letzter Konsequenz sie aus dem großen Ganzen auszuschließen.«

Frau Strobl benennt die 15 Schritte wie folgt: Feindmarkierung, Problemkonstruktion, Homogenisierung, Zuschreibungen, Opferkonstruktion, Intention, Neubezeichnung, Verschwörung, Marginalisierungspotenzierung, Bedrohung, Scheinlösung, Entscheidung, autoritäre Lösungen, Ausstoßen und Vernichtung. Angelehnt an dieses Modell sprach der 1. Vorsitzende vom Polizisten für Aufklärung e.V., Björn Lars Oberndorf, am 7. Mai 2022 auf einer Veranstaltung des United Movement For Equal Human Rights e.V. in Hamburg.

Er spricht kurz über seine Wahrnehmung der letzten zwei Jahre, über seine Sozialisation durch seine Familiengeschichte, die erwähnten Eskalationsstufen, über Entmenschlichung beziehungsweise Dehumanisierung und über Ausgrenzung durch Sprache.

Es geht ihm dabei nicht um Geschichtsvergleiche, allerdings möchte er sehr deutlich auf bestimmte Mechanismen verweisen. Die ganze Rede ist unter *echte-polizisten.de/nie-wieder-krieg/* und unter *odysee.com/@Dominik-Paradies:3/polizisten_fuer_aufklaerung070522hh:3* abrufbar (ab Minute 8:42). Eine weitere Version der Rede (inklusive Einblendung der Zitate und Beispiele) ist unter *t.me/Freiheit-GleichheitB/461* abrufbar. Allgemeine Informationen über den Polizisten für Aufklärung e.V. findet ihr unter *echte-polizisten.de.*

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: *echte-polizisten.de* und über das Projekt *Leuchtturm ARD – ORF – SRG: leuchtturmard.de.*

»Wir kommen alle!«

Am 1. August wollen Montagsspaziergänger und Demokratiebewegung ihre Vereinigung um 14 Uhr rund um unseren Bundestag feiern +++ #FreeBallweg +++ Clevere Soldaten wehren sich gegen unklare mRNA-Genspritze +++ US-Senator zum Kriegsauslöser: »Es ist der Tiefe Staat«

»Es ist der Tiefe Staat. Vielleicht hat der Präsident die letzte Entscheidung getroffen, vielleicht auch nicht«. Es sei im Dunkeln, »wer derzeit in Washington die endgültigen Entscheidungen trifft«, so der frühere US-Senator Dick Black bei seinem Besuch in Deutschland am 6. Juli vor dem Bundestag.

»Es gibt derzeit sehr mächtige Kräfte, die einen Krieg favorisieren und einige Stimmen fordern sogar einen nuklearen Krieg. Natürlich würde das einen Dritten Weltkrieg bedeuten.« Treibende Kraft sei der sogenannte Tiefe Staat (Deep State). Der US-Soldat und frühere Senator Black erklärte im Gespräch mit Martin Müller-Mertens von *Compact-TV*, was das ist: »Dieses Geflecht aus *Think Tanks* (PR-Lobbies), aus mächtigen Senatoren im Militärausschuss und im Auswärtigen Ausschuss – nicht alle dort, aber ein Teil von ihnen – und die Nato. Sie sind alle Teil dieses Tiefen Staates. Man kann das kaum unter Kontrolle bringen, wenn man nicht präzise weiß, wer die Entscheidungen trifft.« Das Regime »tastet sich auch an einen Krieg mit China heran«, es gehe dabei um die baldige Konkurrenz für den US-Petrodollar etwa durch die alternativen Brics-Länder (Seite 10 dieser Ausgabe).

OFFIZIERE SIEGEN BEIM VERWALTUNGSGERICHT

Der Kriegszusammenhang des Corona-Terrors wird immer deutlicher. Beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wehrten sich zwei Offiziere gegen den Befehl, sich einen mRNA-Wirkstoff in den Körper injizieren zu lassen. Das Urteil wurde zum Wochenende erwartet. Der Rechtsanwalt Frank Großenbach legt für den DW dar, warum es rechtens sein muss, die Impfstoffkonstrukte zu verweigern.

»Ein Freispruch der Soldaten, oder jeder weiteren Kläger, von der Impfpflicht kann sich allein schon darauf stützen, dass gegen zwingende gesetzliche Vorgaben verstoßen wird, da: 1. keine Zahlen vorliegen, die nach § 2 Ziff. 2 Infektionsschutzgesetz zu erheben gewesen wären (PCR-Test mit klinischer Diagnose eines Arztes); 2. keine Zahlen vorliegen, die eine Überprüfung der Impfstoffkonstrukte – so die Bezeichnung durch das Bundesverfassungsgericht – ermöglichen, die nach § 13 Abs. 5 Infektionsschutzgesetz das Paul-Ehrlich-Institut auswerten muss; 3. die Impfstoffkonstrukte keine Impfstoffe im Sinne des Gesetzes sind, wie das in § 4 Abs. 4 Arzneimittelgesetz zwingend vorgeschrieben ist.« Offenkundig sei weiters: Der PCR-Test ist »wertlos«, die Nebenwirkungen seien »untererfasst«, die »Impfstoffe lieferten keinen Schutzstoff«, seien also laut Gesetz »keine Arzneimittel«. Anwalt Großenbach resümiert für DW: »Die Schlussfolgerung aus alldem, gerade auch für die Soldaten und die Betroffenen in den Gesundheitsberufen: Diese Impfstoffkonstrukte dürfen ab sofort nicht mehr verimpft werden. Um mit dem berühmten Zitat von Günter Schabowski zu schließen: »Dies trifft nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.«



Europäische Demokraten protestierten am 25. Juni 2022 in Frankfurt am Main, dem Sitz der Europäischen Zentralbank. Fotos: Hannes Henkelmann

REGIME WANKT UND RÄUMT OPPOSITIONELLE AB

Das Regime ist in der Bredouille: Der Nato-Expansionskrieg gegen Russland kann nicht gewonnen werden, die Soldaten gehen von der (falschen) Fahne, Beamte und Polizisten erinnern sich vermehrt an Amtseid, Remonstrationspflicht – oder gehen gleich zur Demokratiebewegung. Und im August werden die ganz großen Demonstrationen in Berlin stattfinden. Das Regime reagierte höchst nervös und ließ am Mittwoch vorvergangener Woche den weltweit bekannten Demokraten, Unternehmer und »Querdenker« Michael Ballweg verhaften. Die auslösenden Regierungs- und Justizmitglieder machten sich mutmaßlich der Rechtsbeugung schuldig. Der fingierte Haftbefehl lautet wohl darauf, Ballweg habe Fehler in der Steuererklärung gemacht. Mit großen Geldsummen zu hantieren und dabei Profite einzustreichen, war aber in der BRD von 1949 bis 2022 noch nie ein größeres Problem gewesen; es taugte jedenfalls nicht für Verhaftungen.

Eine Anwaltsgruppe um den Rechtsanwalt der Menschenrechtsorganisation ZAAVV Alexander Christ (im DW-Interview auf Seite 14 dieser Ausgabe), kämpft für Ballweg auf dem Rechtsweg. Die Vorwürfe sind für eine Inhaftierung haltlos, diese ist politisch motiviert. Sie bergen nach Ansicht vieler auch einen antisemitischen Kern (siehe Umfrageergebnis, Seite 4 dieser Ausgabe).

Bei Redaktionsschluss wurde Ballweg noch immer im Stuttgarter Polizeipräsidium in Untersuchungshaft festgehalten. Demonstrationen, Mahnwachen finden in zunehmender Zahl und mit stündlich zunehmender Intensität statt, je länger Ballweg festgehalten wird. Das Regime fürchtet die nächsten Demonstrationen, die sich revolutionär ausweiten. Die politmediale Kaste wankt und steht selbst mit einem Bein bereits im Gefängnis.

AM 1. AUGUST 2022: »JETZT ERST RECHT!«

Doch warum Ballweg? Weil sie nicht Millionen von Oppositionellen und Demokraten einsperren oder außer Landes treiben können, tun die Politmarionetten das, was immer das Movens ihres eigenen *Mindset* war und ist: Sie gehen von ihrer eigenen Bedeutsamkeit aus und glauben insofern auch, dass ihre politischen Gegner persönlich dafür verantwortlich seien, dass sie selbst überhaupt Gegner oder Konkurrenten haben, dass jemand populärer sein könnte als sie selbst. Popularität, das Volk überhaupt sei »unterkomplex«. Eine Sichtweise, die sich im Marie-Antoinette zugeschriebenen Zitat spiegelt. Kurz vor ihrer Fahrt zur Guillotine hatte die Feudalherrin demnach gesagt: »Wenn das Volk kein Brot hat, warum isst es denn dann keinen Kuchen?« Prost, Mahlzeit und dann angenehmes Frieren für die Nato. Der strahlende Volkstribun Michael Ballweg ist mit den historisch größten Massendemonstrationen in den Jahrhunderten der deutschen Geschichte verknüpft vom jeweils 1. August und 29. August 2020 sowie 2021. Viele Millionen Menschen aus ganz Deutschland machten sich insgesamt auf den Weg in ihre Hauptstadt, um die Regierung zu stürzen und auf Basis des Grundgesetzes die Verfassung unseres Landes von unten nach oben zu erneuern. Jeder kam für zehn Weitere und so wird es auch 2022 sein.

Der Demokrat und Preisträger der Republik Roman Mironov informiert auf DW-Nachfrage über erste Details vom 1. August 2022: »Am 1. August 2022 am Bundestag um 14 Uhr ist der Anfang. Geplant ist ein Medienmarsch, der dann am Bundestag wieder endet.« Mironov ist einer von Zehntausenden Demokratinnen und Demokraten, die die Nachricht der Demonstration am 1. August 2022 auf allen Kanälen, mit Aushängen und persönlichen Einladungen verbreiten. Man könnte sagen: Ballweg ist überall. Mironov führt weiter aus: »Wir sollten den nächsten Gang einlegen, alle Montagspaziergänger werden nach Berlin eingeladen. Denn nur gemeinsam sind wir stark.«

Bereits am 30. Juni findet ein Aufzug vom Brandenburger Tor zum Rosa-Luxemburg-Platz statt. Die Zusammenführung aller Montagsspaziergänge zu einem einzigen Montagsspaziergang und die Zusammenführung mit der Demokratiebewegung seit 28. März 2020 findet nicht nur im Sinne Michael Ballwegs statt, sondern für manche auch *für* Michael Ballweg. Nicht weil er der Einzige wäre, der den 1. August 2020 und 2021 jeweils hätte organisieren können, sondern weil er es tatsächlich gemacht hat – mit Hunderttausenden und Millionen Anderen aus ganz Deutschland. Seine Losung: »Kommt ins Handeln!« Und so wird es zum 1. August 2020 in Berlin sein. Und Michael Ballweg wird dabei sein (#FreeBallweg).

Aktuelle *Podcasts* von Anselm Lenz auf dem Presseportal *apolut.net*. Vorliegender DW-Artikel von Anselm Lenz für DW mit Material von Rechtsanwalt Frank Großenbach.

VEREINTE EUROPÄER

Frankfurt am Main/DW. Im weitläufigen Areal des Grüneburgparks versammelten sich am 25. Juni 2022 mehr als 10.000 Demokraten bei bestem Sommerwetter in Frankfurt am Main. Eingeladen hatte die Initiative »EuropeansUnited«, zahlreiche Mitstreiter aus benachbarten Ländern folgten dem Ruf.



Angereist waren unter anderem Gelbwesten aus Belgien und Frankreich, die Freiheitstrychler mit ihren großen Kuhglocken aus der Schweiz und spanische und italienische Demokraten.

Nach der Begrüßung begann der zweieinhalb stündige Marsch durch die Stadt. Die Veranstaltung verlief durchgehend friedlich, es gab keine Zwischenfälle – angesichts des hohen Durchschnittsalters der Teilnehmer und der fröhlichen Stimmung wirkte das große Polizeiaufgebot und die Anwesenheit von Wasserpanzern äußerst absurd und Fehl am Platz. (ber)

»Meine Hilfe wurde als Risiko wahrgenommen«

Oder »Etwas zu tun, kann nicht nichts bringen« | Von Hannes Henkelmann

In Frankfurt treffe ich die Friedensaktivistin Renata. Wir sprechen über Drohnen, Doppelmoral und ein Dilemma sowie über Kopfschmerzen und eine Herzenssache.

Stellen Sie sich bitte kurz vor.
Ich heiße Renata, ich bin 41 Jahre alt und Mutter von einer Tochter. Ich bin in Polen geboren, lebe aber seit 23 Jahren in Deutschland. Von Beruf bin ich medizinische Fachangestellte.

In welchem Bereich arbeiten Sie?
Vor sieben Jahren habe ich in der Pflege angefangen. Einige Jahre arbeitete ich für eine Zeitarbeitsfirma, wodurch ich sehr viele Einrichtungen kennenlernen konnte. Leider musste ich aber feststellen, dass die schlechten Arbeitsbedingungen, die aus akutem Personalmangel resultierten, mich und viele meiner Kollegen an unsere Grenzen brachten. Während dieser Jahre war es für mich immer eine Herzenssache, bedürftige Menschen nach bestem Wissen und Gewissen zu pflegen. Nur wurde das allmählich unmöglich. Und so lebte ich mit dem Dilemma, dass ich meine Tätigkeit, Menschen zu pflegen, liebte, aber meinen Beruf eigentlich aus Liebe zu meiner eigenen Gesundheit hätte aufgeben müssen.

Wie haben Sie dieses Problem gelöst?
Zunächst startete ich einen letzten Versuch in der häuslichen Intensivpflege. Aber leider ergaben sich auch dort die von mir schon genannten Probleme. Dann kam die Corona-Krise. Durch die Schließung der Grenzen kam es zu einem akuten Personalmangel, da viele ausländische Arbeitskräfte in diesem Bereich arbeiteten. Zusätzlich veränderte sich die Stimmung. Überall herrschte nur noch Angst. Statt einer pflegenden Hilfe wurde man nun als Risiko wahrgenommen. Ich habe zum Beispiel einen Patienten betreut, der nach einem Unfall querschnittsgelähmt war. Er hatte wirklich große Angst, dass die Pflegekräfte ihn anstecken und er versterben würde. Das ließ ihn kaum noch schlafen.



Renatas Traumberuf als Pflegerin wurde durch die Corona-Politik zum Albtraum.
Foto: Hannes Henkelmann

Die Distanz, die durch diese Ängste entstanden ist, hat es mir unmöglich gemacht, die Patienten wie gewohnt zu pflegen. Zudem war das Tragen einer Maske auf einer Zwölf-Stunden-Schicht und bei körperlich schwerer Arbeit unglaublich anstrengend. Nach fast jedem Dienst litt ich unter Kopfschmerzen und Atembeschwerden. Dazu kam, dass die Maske die Kommunikation erschwerte, was zu Unsicherheiten sowohl beim Pfleger als auch beim Patienten führte. So ging viel Zwischenmenschliches verloren. All das brachte mich schließlich dazu, meinen Beruf aufzugeben.

Seit wann sind Sie im Widerstand aktiv?
Seit dem *Regime Change* in der Ukraine 2014 bin ich als Friedensaktivistin unterwegs. Das Thema Krieg bewegte mich schon immer, es löste immer Unverständnis aus, und in mir kam oft die Frage auf, wie es sein konnte, dass es Kriege gibt. Mein Herzensmotto war »Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin«. 2014 bildete sich eine bundesweite Friedensbewegung, der ich mich sofort angeschlossen habe. In verschiedenen Städten entstanden Mahnwachen, die durch Aufklärung einen möglichen Krieg in Europa verhindern wollten und auch auf laufende Kriege, wie zum Beispiel in Syrien, hingewiesen haben.

Ungefähr drei Jahre nahm ich sehr aktiv an der »Stopp Air Base Ramstein«-Kampagne teil. Es war für mich unerträglich, dass vom Boden des Landes, in dem ich lebe, Killerdrohnen gesteuert werden, die Menschen das Leben nehmen. Die Corona-Politik der Bundesregierung veranlasst mich dazu, auch für Freiheit und Selbstbestimmung auf die Straße zu gehen. Ich reise durch ganz Deutschland zu verschiedenen Demonstrationen und nehme an allen möglichen Aktivitäten in meinem Wohnort teil, weil ich der Meinung bin, nichts tun bringt nichts, etwas zu tun, kann nicht nichts bringen.

Haben Sie noch Freunde und Verwandte in Polen? Wie sind die in der Corona-Krise zurechtgekommen?
Ich habe dort keine Freunde oder Verwandte mehr, bin aber in den letzten zwei Jahren einige Male nach Polen gereist, um dort ein wenig Freiheit zu genießen. Einfach um Normalität zu haben, habe ich einen Ausflug zur Ostsee gemacht oder bin essen gegangen, ohne 3G Regeln wie in Deutschland. Das waren sehr erholsame Momente, niemand hat mich aufgefordert, eine Maske aufzusetzen oder ihm den Impfpass zu zeigen, um einen Kaffee zu trinken. Es hat mir sehr gutgetan zu sehen, dass es auch anders geht und dass der Wahnsinn nicht überall herrscht.

Zum Schluss bitte noch ein Wort zu Dr. Daniele Ganser.
Nun, ich hatte das Glück, ihn bei einem Vortrag im Babylon Kino in Berlin live erleben zu dürfen. Er versteht es wirklich wie kein anderer, komplizierte Sachverhalte verständlich zu erklären, die entsetzliche Doppelmoral der westlichen Politik aufzuzeigen und Brücken zu bauen. Somit kommt dem brillanten Historiker Daniele Ganser eine sehr bedeutsame Rolle bei der Aufklärung zu.



Briefe an die Redaktion

ZU »9-EURO-TICKET: LEBENSGENUSS IN VOLLEN ZÜGEN« IN DW N° 93

Die Erläuterungen von Hermann Ploppa entbehren sicher nicht ihrer Begründung. Mir ist bei dem 9-Euro-Ticket-Zirkus eine ganz andere Idee gekommen: Es war doch völlig klar, dass durch das 9-Euro-Ticket ein enormer Ansturm auf die Bahn ausgelöst wird, die es schon im Normalbetrieb kaum schafft, alle Züge einigermaßen pünktlich fahren zu lassen. Das Chaos war vorauszusehen und ich hätte für kein Geld daran teilgenommen. Der Aufschrei der Leute und in der Presse spricht eher dafür, dass diese Aktion schlicht Empörungsmanagement ist. Man – die Regierung – bietet ein Zücker chen an, schafft damit ein Chaos, schuld ist natürlich die Bahn, über die sich alle aufregen, und niemand denkt mehr an den C.-Wahn, Ukraine-Krieg etc. pp. – die perfekte Ablenkung. Gratulation. Viele Grüße & weiter so
– Andreas B., Bielefeld

DER ELEFANT IM RAUM

Ich lese Eure Zeitung gerne und regelmäßig, vor allem weil Ihr bei vielen Themen den Elefanten im Raum ansprecht, über den sonst niemand redet, insbesondere die fehlgeleiteten politischen Reaktionen auf die Covid-19 Atemwegsinfektion, die sinnlose Aufrüstung, Rolle der NATO ... Mich stört jedoch, dass Ihr Eurerseits den größten Elefanten ignoriert: die sich beschleunigende ökologische Krise auf unserem Planeten. Man muss auch im DW Themen wie menschengemachter Klimawandel, Artensterben und Mikroplastik diskutieren. So gerne ich die Artikel von Frau Strotmann lese, so scheint sie mir doch keinen Garten in MV oder Brandenburg zu haben, wenn sie sich über die Wetterberichte lustig macht. Leider gehen damit andauernde Trockenperioden einher. Um Bewässerung kommt man nicht herum, der Grundwasserspiegel sinkt, Tesla-Werke tun ein Übriges, Wälder brennen, um nur kurz lokale Auswirkungen zu beschreiben. Ich halte es für bewiesen, dass wir tatsächlich in eine Katastrophe hineinrasen. Herzliche Grüße
– Stefan K.

ZU »ABSOLUTE WAHRHEIT« IN DW N° 93

Ein weiser Freund auf meine Frage, was Wahrheit sei, wagte folgende Definition: »Wahrheit ist ein göttlich-kosmisches Gesetz, allgemein, überall, ewig, unveränderlich gültig. Das Gesetz von Ursache und Wirkung ist eine Wahrheit. Das Resonanz-Gesetz, dass sich zwei ähnliche Wesen anziehen, ist eine Wahrheit. Das Reinkarnations-Gesetz ist eine Wahrheit. Die Gesamtheit aller kosmischen Gesetze Gottes ist die absolute Wahrheit.« Wie viele göttlich-kosmische Gesetze gibt es? Da wir Menschen das nicht wissen, kennen wir auch nicht die absolute Wahrheit! Aber sie gibt es! Viele liebe Grüße und Dank für Ihre Arbeit
– Lydia N., Sinsheim

AUF DEM SCHIRM
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

Zweieinhalb Millionen Impfnebenwirkungen

Diese amtliche Zahl der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) für 2021 widerlegt alle Bagatellisierungen des Paul-Ehrlich-Instituts und der Bundesregierung | Von Hermann Ploppa

Im März dieses Jahres ließ der AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Sichert im Gesundheitsausschuss nicht locker. Er wollte vom Präsidenten der Kassenärztlichen Bundesvereinigung Andreas Gassen genaue Zahlen haben: Wie viele Patienten hatten im Jahre 2021 eine ärztliche Kassen-Praxis aufgesucht, um sich gegen Symptome von Impfnebenwirkungen behandeln zu lassen?

Ein erkennbar verlegener Gassen: »Das kann ich aus dem Stand nicht sagen«. Dann gingen drei Monate ins Land. Nichts passierte. Dann bekam Sichert doch noch die Tabelle. Bis zu jenem Zeitpunkt galt die Kennzahl des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI): 244.576 Impfnebenwirkungen. Also ein Gesamtschaden im Promillebereich. Umso erstaunlicher jetzt die Zahlen, die der kassenärztliche Dachverband anlieferte: Demzufolge waren 2021 172.062.925 Impfungen an 61 Millionen Bundesbürgern verabreicht worden. Gemeldet wurden von den Kassenärzten immerhin 2.487.526 Visiten wegen Impfnebenwirkungen. Also zehnmal so viele Meldungen wie das Paul-Ehrlich-Institut registriert hat. Damit ergibt sich, dass jeder 25. mit mRNA-Stoffen Geimpfte einen Impfschaden zu beklagen hatte. Das sind etwa vier Prozent. Die vom KBV vorgelegte Tabelle zeigt Impfzahlen nebst Impfschäden seit dem Jahr 2016. Bis zum Jahr 2020 belief sich die Zahl der gemeldeten Impfschäden immer so bei 70.000 jährlich. Damit hat sich seit Einführung der neuartigen mRNA-Impfstoffe auf dem Massenmarkt die Zahl der Impfschäden um den Faktor 33 vervielfacht!

Die hier vom KBV vorgelegten Zahlen wurden schnell als falsch erkannt. Also musste der Kassenärzteverband die Daten korrigieren: Man hatte die Impfzahlen für das erste Quartal 2022 »versehentlich« hinzuaddiert. Tatsächlich sind im Jahre 2021 »nur« 153.750.725 Dosen verimpft worden. Damit nimmt der prozentuale Anteil der Impfschäden noch einmal zu. Aus eigenem Antrieb veröffentlicht der Kassenärzteverband diese Zahlen sowieso nicht. Erst unter dem Druck der parlamentarischen Anfrage wurden diese Zahlen der Öffentlichkeit bekannt. Mit dem Berichtswesen nimmt man es in diesen Kreisen auch nicht so genau. Der Datenanalyst Tom Lausen berichtet beim Podcast Punkt.Preradovic, dass zum Beispiel bei den Meldungen der 3.000 Impftodesfälle nur zehn Prozent aus den Arztpraxen stammten. 90 Prozent der Todesmeldungen kamen von Angehörigen. Es wurden in diesem Zusammenhang auch keine Obduktionen angeordnet.

GESCHÄDIGTEN MUSS SOFORT GEHOLFEN WERDEN

Dabei müssten die Verantwortlichen der Impfkatastrophe jetzt eigentlich sofort und energisch handeln. Den Geschädigten muss geholfen werden. Die Zulassung der neuartigen mRNA-Impfstoffe muss sofort überprüft werden. Doch es wird bislang noch gemauert und verharmlost, wo immer es geht. Ärzte haben bislang keine Schulung zur Diagnose von spezifischen Impfkomplikationen erhalten. So kommt es zu gefährlichen Fehldiagnosen. Dass der Abgeordnete Martin Sichert überhaupt beim Kassenärztlichen Bundesverband energisch nachhakte, verdanken wir Andreas Schöfbeck. Schöfbeck hat 40 Jahre bei der Betriebskrankenkasse BKK Provita gearbeitet und war 20 Jahre in deren Vorstand.

Schöfbeck beauftragte Tom Lausen damit, in den Datensätzen der BKK Provita nach Impfschadensmeldungen zu suchen. Die bei der BKK vorgefundenen Schadensmeldungen rechnete Lausen hoch und kam in seinen Schätzungen zu dem Schluss, dass bundesweit etwa zweieinhalb bis drei Millionen Menschen Impfschäden erlitten haben müssten. Schöfbeck schickte daraufhin ein Einschreiben an das zuständige Paul-Ehrlich-Institut: »Da Gefahr für das Leben von Menschen nicht ausgeschlossen werden kann, bitten wir Sie um eine Rückäußerung über die veranlassten Maßnahmen bis 22. Februar 2022 18:00 Uhr.« Statt einer Antwort ergoss sich über Schöfbeck ein Sturm von Diffamierungen.

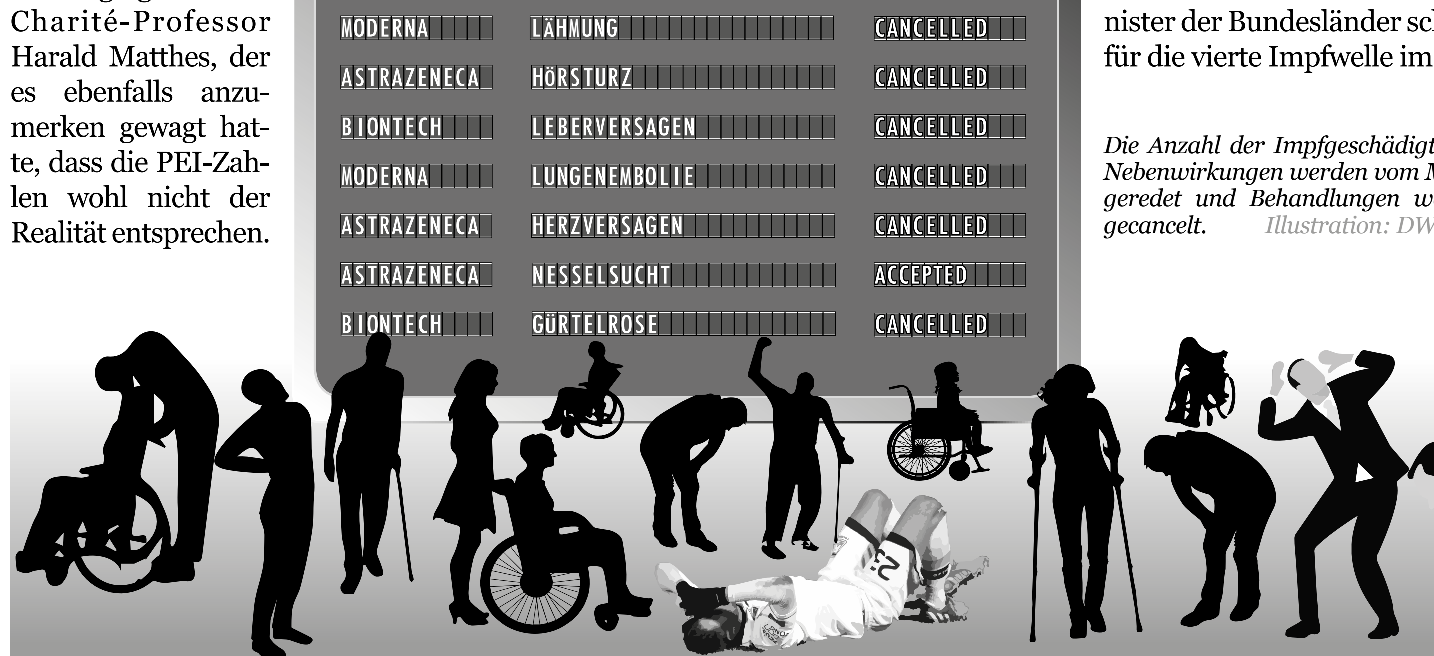
Der Vorsitzende des Virchowbundes Dirk Heinrich: »Diese undifferenzierte Schwurbelei passt aber ganz offensichtlich in das Markenimage der Kasse, die mit Homöopathie und Osteopathie als Satzungsleistungen wirbt und sich selbst als ›veggiefreundlichste Krankenkasse‹ tituliert. Offenbar will man vor allem Werbung in der impfkritischen Klientel machen.« Im März dieses Jahres wurde Schöfbeck fristlos entlassen. Nicht nur der Brief Schöfbecks an das PEI wurde gelöscht. Auch die Zahlen, die Lausen noch zur Verfügung standen, wurden im Giftschrank entsorgt und stehen nicht mehr zur Verfügung. Ganz ähnlich erging es dem Charité-Professor Harald Matthes, der es ebenfalls anzumerken gewagt hatte, dass die PEI-Zahlen wohl nicht der Realität entsprechen. Matthes wurde schnell abgestempelt als »Anthroposophen-Stiftungsprofessor«. Das Problem ist nach wie vor die Sichtbarkeit der Impfopfer. Statistische Zahlen bewirken gar nichts im Mitgefühl. Jetzt sind aber die Gesichter und Stimmen da. 400 schwer Impfgeschädigte haben sich jetzt mit einem Brandbrief an Ärzte, Politiker und Medien gewandt. Bislang war die Resonanz viel zu gering. Endlich artikulieren sich die Opfer klar und deutlich: »Unter anderem sprechen wir von Entzündungsreaktionen, Autoimmunprozessen, kardiologischen und neurologischen Beschwerden, die so schwerwiegend sind, dass ein Großteil der Betroffenen seinen Alltag nicht bewältigen, seiner Arbeit nicht nachgehen und seine Kinder nicht mehr alleine versorgen kann.«

BRANDBRIEF DER IMPFOPFER

Autorin des Offenen Briefes ist Tamara Retzlaff. Die 28-Jährige war zuletzt als Innenstadtmanagerin der Stadt Rottweil tätig. Nach der mRNA-Impfung war die junge Frau ein Dreivierteljahr bettlägerig. Zehn Monate war kein Arzt in der Lage, ihr zu helfen. Doch an der Universitätsklinik Marburg ist mittlerweile die einzige Anlaufstelle in Deutschland zur Behandlung von unerwünschten Impfnebenwirkungen unter der Leitung des Kardiologen Bernhard Schieffer im Einsatz. Über 3.000 Impfgeschädigte stehen auf der Warteliste. Es können aber nur vier bis sechs Personen pro Werktag untersucht werden. Eigentlich sollten bei Professor Schieffer Symptome von Long Covid behandelt werden. Doch schnell stellte sich heraus, dass die meisten Long Covid-Patienten tatsächlich wegen Impfschäden vorsprechen. Schieffer konnte jetzt auch Brandbrief-Autorin Retzlaff mit einer maßgeschneiderten Medikation von Bett und Rollator befreien. Die neu gewonnene Aktionsfähigkeit nutzt Retzlaff jetzt, um ihren zahlreichen Leidensgenossinnen zu helfen. Der Brandbrief enthält klare Forderungen, wie sie auch schon Charité-Professor Harald Matthes formuliert hatte: »Konkret fordern wir vom Deutschen Bundestag: 1.) Bundesweite Anlaufstellen für Betroffene von Impfnebenwirkungen, 2.) Forschungsgelder für die Ursachenforschung und Therapie, 3.) Anerkennung und wissenschaftliche Aufarbeitung, 4.) Finanzielle Ausgleichszahlungen.«

Auf das aktuelle Post-Vac-Video des noch amtierenden Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach hat Retzlaff mit einem eigenen Video im Ton sanft, in der Sache hart, geantwortet. Zu den Impfopfern gehört auch Felicia Benger. Auch sie hat das unsägliche Lauterbach-Video mit einem eigenen Video gekontert. Benger betont, dass die Impfschäden gehäuft bei jungen Menschen und ganz besonders bei jungen Frauen im gebärfähigen Alter auftreten. Auch Professor Schieffer schwoll der Haarkamm. Dass Lauterbach ohne Evidenzgrundlage aus dem Ärmel schwurbelt, die Impfschäden seien nicht so schlimm wie Symptome bei Long Covid, ließ Schieffer nicht stehen: »Leider decken sich ihre Äußerungen zu Schweregrad von Post-Vac, der geringer als Long Covid sein soll, nicht mit unseren klinischen Erfahrungen. Ich würde empfehlen, solche Äußerungen zurückhaltend zu tätigen, da Betroffene jedweder Erkrankungsentität vor den Kopf gestoßen werden.«

Leider ist Schieffer nach wie vor ein energischer Befürworter der mRNA-Impfungen, allerdings auf freiwilliger Basis. Er empfiehlt Impfkandidaten mit Autoimmunkrankheiten, harte Immunreaktionen nach Impfung mit Cortison zu »modulieren«. Bei aller Hochachtung für Professor Schieffer: Es muss gewährleistet sein, dass auf der Basis von Impfschäden nicht der Pharmaindustrie Tür und Tor geöffnet wird für lukrative »Anschlussgeschäfte« mit neuen Präparaten zur Dämpfung der Impfschäden. Jedoch: Während der Niederschrift dieses Artikels bereiten die Gesundheitsminister der Bundesländer schon den Boden für die vierte Impfwelle im Herbst.



Die Anzahl der Impfgeschädigten ist enorm, die Nebenwirkungen werden vom Mainstream kleingeredet und Behandlungen werden leichtfertig gecancelt. *Illustration: DW/Ute Feuerstacke*

MELDUNG

CHAOS AN DEUTSCHEN FLUGHÄFEN

Frankfurt am Main/DW. Einer Studie zufolge fehlen an deutschen Flughäfen derzeit mehr als 7.200 Fachkräfte. Aufgrund der zerstörerischen Plandemie-Politik der Regierung wurde während dem ausgerufenen Notstand sehr wenig geflogen. Flughafenbeschäftigte suchten sich deshalb neue Jobs. Aktuell kann man die Folgen des Personalmangels an deutschen Flughäfen spüren: Flugausfälle, lange Wartezeiten, Kofferberge und verärgerte Fluggäste. Um den Mangel an Beschäftigten zu beheben, sollen nun vorübergehend 2.000 Fachkräfte aus der Türkei angeworben werden. (ber)

BARGELDLOSES ZAHLEN IMMER BELIEBTER

Frankfurt am Main/DW. Laut einer Studie der Bundesbank zum Zahlungsverhalten der Deutschen wird das bargeldlose Zahlen immer öfter praktiziert. Im Jahre 2017 wurden Einkäufe noch zu 74 Prozent mit Münzen und Scheinen abgewickelt, nun liegt der Anteil bei 58 Prozent. Gründe hierfür seien die Zunahme bei Interneteinkäufen und der durch die Corona-Hypochondrie verstärkte Trend zum kontaktlosen Bezahlen. Trotz des anhaltenden Trends gehört Deutschland europaweit zu den Spitzenreitern, was die Bargeldnutzung betrifft. (ber)

Ausverkauf Deutschlands

Die neue »Kolumne Mittelstand« | Von Wolfgang Greulich

Garant unseres Wohlstandes wurde und wird er genannt, viele Unternehmer leben wohl immer noch in diesem Glauben. Mittlerweile ist er wohl eher der Garant für den von den Eliten geplanten Untergang des ehemals so erfolgreichen deutschen Wirtschaftsmotors Mittelstand.



Belgischer Demokrat in FFM fordert eine Politik für die 99 Prozent. Foto: Hannes Henkelmann

Der komplette Vorstand der Lufthansa informierte am 28. Juni 2022 alle Kunden per E-Mail darüber, welche Ursachen für die akuten und unübersehbaren Probleme im Luftverkehr verantwortlich seien. Klar – Corona und Ukraine – einträchtig wurde diese E-Mail von allen Mitgliedern des Vorstandes unterschrieben.

Es ist sehr einfach, die Wurzel des Übels in der Corona-Krise und im seit 2014 ausgetragenen Ukraine-Konflikt zu suchen, anstatt in der eigenen unternehmerischen Unfähigkeit und letztendlich Feigheit. Es gilt und galt Fakten zu recherchieren, um dann die erkannten Punkte zu verbinden.

Nicht nur für die exemplarisch genannte Lufthansa, sondern für alle die Unternehmen und Unternehmer, die sich die letzten zwei Jahre regelrecht vor jeder öffentlichen Verantwortung gedrückt haben. Nicht umsonst hat Mario Ohoven, der im Oktober 2020 durch einen Autounfall verstorbene Präsident des BVMW, Angela Merkel mit einer Verfassungsklage gedroht. Er vertraute der 99 Prozent-Macht des deutschen Mittelstandes und hat sie auch 2020 unerschrocken in die Waagschale geworfen. Er wusste um die Sinnlosigkeit der Maßnahmen und hat die Bedrohung der Wirtschaft durch eine unsägliche und komplett fremdgesteuerte Politik erkannt.

Die Medien tun auch hier alles, um den Unternehmern jegliche Verantwortung abzunehmen. Im Gegenteil, sie ermutigen die Unternehmer regelrecht durch Angst und Propaganda, weiterhin still zu sein und alle Lügen mitzutragen. Es stellt sich auch hier die Frage: Sehen die Unternehmer denn nicht, was da auf sie zukommt, was da in Wahrheit vertuscht wird und wie die Zusammenhänge sind? Das ist der lange geplante Ausverkauf Deutschlands. Er ist in vollem Gange, und anstatt sich zu widersetzen, werden weiterhin mediale Lügen und Hetze schweigend mitgetragen. Wahrhaftige Unternehmer handeln anders.



Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



Die Sympathien fliegen von allen Seiten den Alternativen zum schuldbeladenen »Tiefen Staat« zu. Kundgebung »Dresden für Weltoffenheit«, 10. Januar 2015. Foto: Dr. Bernd Gross

Brics werden Bricsai

Argentinien hat einen Aufnahmeantrag zum alternativen Wirtschaftsbündnis BRICS gestellt.

BERICHT von Anselm Lenz

Es sieht immer schlechter für IWF, Dollar, Nato-Lobby und »Weltbank« aus. Zum 14. Gipfeltreffen der aufstrebenden Wirtschaftsnationen Brics wurde bekanntgegeben, dass es ein A und ein I hinzubekommt.

Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika: Aus den Anfangsbuchstaben dieser Länder setzt sich der bisherige Titel des BRICS-Bündnisses zusammen. Ab 2001 war der Titel mit zunächst vier Buchstaben kursiert. Seit dem spektakulären Beitritt Südafrikas 2009 hält das Bündnis offizielle Konferenzen ab. Von Beginn an werden die Brics mit der Hoffnung verknüpft, dass es dem Bündnis gelingen könne, die angloamerikanisch dominierte Finanz- und Handelsarchitektur aufzulockern. Mancheiner würde sagen: Den Würgegriff von US-Monopolkapital, englischen Finanzbanken, westeuropäischen Industrie- und Landwirtschaftsmonopolen sowie Internationalem Währungsfonds (IWF) und sogenannter Weltbank abzuschütteln.

Bei der Außenministerkonferenz des Brics-Wirtschaftsbündnisses am 14. Mai 2022 hatte die chinesische Delegation bereits darum geworben, die Runde zu erweitern. Bei deren Gipfel Ende Juni 2022 wurde bekannt: Neben Argentinien will nun auch der Iran beitreten. Weitere Kandidaten stehen Schlange. Auch höchstentwickelte Wachstumsländer wie Südkorea werden zuweilen dazugezählt, zudem Mexiko. Mit Argentinien fällt nun zunächst ein klassisch-westliches Land vom US-UK-EU-Nato-Komplex ab. Der Vorgang wird Schule machen.

Ab 1998 waren in Argentinien Wirtschaft, Währung und Wohlstand auf katastrophale Talfahrt gegangen. Im Jahr 2002 ging nichts mehr. Der in Washington ansässige Internationale Währungsfonds (IWF) spielte bei allem eine unrühmliche Rolle. Auch die Erholung kam kaum in Gang. Der Absturz hinterließ nicht nur zerrüttete Wirtschafts- und Sozialverhältnisse. Neue Staatsoberhäupter in Buenos Aires konnten mit ihren Variationen des Thatcherismus-Neoliberalismus nichts ausrichten, versanken zudem in Korruption. Das links-peronistisch bis katholisch-konservativ geprägte Volk Argentiniens begann seither, sich aus der US-Umklammerung herauszulösen. Ob allerdings, bildlich, die starken Arme Chinas soviel freundlicher sein werden, wird sich erst langfristig erweisen. Argentinien soll in das chinesische Wirtschaftsexpansionsprojekt »Neue Seidenstraße« eingebunden werden. »Der Westen« könnte bald schon unter sich sein – und der »Transatlatik« sich bei der Wirtschaftsmacht als weitaus kleiner als gedacht erweisen – und weiter schrumpfend. Allein die BRICS machten bereits 2017 rund 32 Prozent der Volkswirtschaften der Welt aus. Mit Argentinien kommt nun ein Land aus den Top-30 hinzu (Produktion, Handel, Dienstleistungen; BIP, kaufkraftbereinigt/kkp, laut IWF).

»Die BRICS-Staaten haben eine entscheidende Rolle dabei gespielt, echten Multilateralismus zu praktizieren und die Einheit und Stärke der Entwicklungsländer zu fördern.

Der Iran ist bereit, all seine Ressourcen und Vorteile, einschließlich Energiereserven, personeller Ressourcen und wissenschaftlicher Errungenschaften anzubieten, um den BRICS-Ländern zu helfen, ihre Ziele zu erreichen«, erklärte der iranische Botschafter in Peking zuletzt gegenüber der Zeitschrift *Global Times*. Der »Aufnahmeprozess« beider Länder sei bereits »in vollem Gange«, so der Außenminister der Russischen Föderation Sergej Lawrow.

NEUE KRISENHERDE

Neues von der Ostfront
Von Felix Feistel

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland eine Militäroperation in der Ukraine durch. In diese mischen sich viele Staaten Europas und Nordamerikas ein, und versuchen Russland durch Sanktionen wirtschaftlich in die Knie zu zwingen. Dies hat Folgen in globalem Maßstab. Hier werden die neuesten Entwicklungen zusammengefasst.

Die südukrainischen Gebiete haben bereits damit begonnen, Teil der Russischen Föderation zu werden. Das teilte der ständige Vertreter der Krim beim russischen Präsidenten und der stellvertretende Premierminister der Krim-Regierung Georgi Muradow gegenüber *RIA Nowosti* mit, und sprach von einer Wiedervereinigung der befreiten Gebiete mit Russland. Ihm zufolge genüge dafür ein Referendum oder ein Beschluss auf der Ebene der gesetzgebenden Organe. Dies stehe im Einklang mit dem Völkerrecht.

SÜDUKRAINE WIRD RUSSISCH

Schon seit Längerem werden in verschiedenen Gebieten der Süd- und Ostukraine russische Pässe verteilt und der Rubel als Währung eingeführt. So haben allein in Melitopol offenbar schon 10.000 Bürger die russische Staatsbürgerschaft beantragt.

Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der Militär- und Zivilverwaltung des Gebietes Saporoschje, teilte gegenüber *RIA Nowosti* mit, dass es zwischen den südukrainischen Gebieten und Russland keine Grenze mehr geben solle, da 73 bis 85 Prozent der ukrainischen Bevölkerung Verwandtschaft in Russland hätten. Zudem bezeichnete er die Gebiete als »historisch russisch«.

Schon im Zuge des Maidan-Putsches hatte es Versuche in der Südukraine gegeben, sich ähnlich den Donbass Republiken von der Ukraine abzuspalten. Am bekanntesten ist wohl das Beispiel Odessa, in dem die Unabhängigkeitsbestrebungen in einem Massaker im Gewerkschaftshaus endeten.

LITAUEN RISKIERT UNABHÄNGIGKEIT

Derweil eskaliert im Norden Europas ein neuer Konflikt zwischen Litauen und Russland. Litauen hatte vor einigen Wochen den Transitverkehr zwischen Russland und der russischen Exklave Kaliningrad eingeschränkt, indem die dortige Regierung den Transport der von EU-Sanktionen betroffenen Güter untersagte. Dies betreffe, so der Chef der russischen Raumfahrtagentur Roskosmos, Dmitri Rogosin, 40 bis 50 Prozent des Warenverkehrs über diesen Korridor. Weiter erklärte er, dass Litauen damit seine eigene Unabhängigkeit gefährdet habe. Der ungehinderte Transit stellt nämlich einen wichtigen Bestandteil des Unabhängigkeitsvertrages der ehemaligen Sowjetrepublik Litauen dar. Dieser Vertrag sei somit verletzt und damit die litauische Unabhängigkeit infrage gestellt.

MOLDAWIEN WILL GEWALTVOLLE WIEDERVEREINIGUNG

Auch die Krise in Moldawien spitzt sich immer weiter zu. Das Land befindet sich seit der fragwürdigen Entmachtung der Opposition durch die Präsidentin Maia Sandu auf einem stramm westlichen Kurs. Dagegen regt sich in dem kleinen Land immer mehr Widerstand, der jedoch von den Behörden unterdrückt wird. Erst Ende Mai wurde der Oppositionsführer und ehemalige Präsident Dodon zunächst verhaftet und dann unter Hausarrest gestellt.

Auch berichten Journalisten von Zensur. Sandu scheint Moldawien notfalls auch mit Gewalt mit der abtrünnigen Republik Transnistrien wiedervereinigen zu wollen. Für diese Wiedervereinigung will Moldawien nun ausgerechnet die USA als Vermittler. Außerdem gibt es Hinweise darauf, dass Sandu eine Vereinigung Moldawiens mit Rumänien anstrebt.

Sie selbst ist Rumänin und hat vor Kurzem behauptet, Moldawisch sei keine eigene Sprache, sondern eigentlich Rumänisch. Auch haben am 18. Juni das moldawische und das rumänische Parlament eine enge Zusammenarbeit beschlossen. Der Präsidentin werden enge Beziehungen zu George Soros nachgesagt, da sich in ihrem Umfeld viele Mitarbeiter der »Open Society Foundation« befinden.

NORWEGEN STICHELT GEGEN RUSSLAND

Hinzu kommt eine weitere Eskalation an der nördlichen Peripherie Europas. Hier hat Norwegen Russland den Zugang zu russischen Siedlungen auf Spitzbergen verweigert. Wichtige Frachtgüter, die zur Gewährleistung des Betriebs der Föderalen Staatlichen Unitarunternehmung (FGUP) Staatstrust »Arktikugol« bestimmt sind, können daher nicht mehr über den seit Jahrzehnten etablierten Landweg auf die Insel transportiert werden.

Schon im April wurde der Transport eingeschränkt mit der Folge, dass wichtige Güter wie Lebensmittel nicht mehr transportiert werden konnten.



Die Mitverantwortlichen für Krieg und Elend in der Welt: Deutsche Politiker.
Foto: Georgi Belickin

Nun hat das russische Außenministerium die norwegische Geschäftsträgerin Solveig Rossebø einbestellt und sie aufgefordert, die Angelegenheit zu klären. Gleichzeitig warnte es vor Vergeltungsmaßnahmen.

Einige Abgeordnete des Föderationsrates sehen durch die Schritte Norwegens dessen Hoheit über die Insel in Frage gestellt. Es verletze nämlich den zugrundeliegenden Vertrag, durch den die Inseln im Jahr 1917 überhaupt in Norwegens Besitz gelandet ist.

Mit Litauen, Moldawien und nun auch Spitzbergen eröffnet der Westen weitere Krisenherde in seinen Bestrebungen, Russland zu schwächen und einen *Regime Change* in Moskau zu provozieren. Diese Szenarien sind zum Teil bereits in einem Strategiepapier der amerikanischen RAND-Corporation von 2018 beschrieben, ebenso wie der Krieg in der Ukraine, und werden nun schrittweise umgesetzt.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

CDU WILL KOHLE UND ATOM GEGEN INFLATION

Berlin/DW. Laut dem Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion Thorsten Frei soll gegen die Inflation (Geldentwertung) der Umstieg auf »Kohleverstromung« und »längere AKW-Laufzeiten« helfen. Mit diesen Maßnahmen zur »Entlastung« könne es gelingen, »bis Dezember 90 Prozent der Gasspeicher« zu füllen, so der Politfunktionär am Montag gegenüber dem Regierungssender *ARD*. (jro)

BUNDESWEHR-ZENTRALE FÜR AUFSTANDSBEKÄMPFUNG

Berlin/DW. Laut Angaben der Bundeswehr erhält das BRD-Militär ab Oktober 2022 ein »Territorialkommando« mit 1.900 Planstellen. Der Stab plant laut Expertenmeinungen den Einsatz des Militärs im Inland. Generalmajor Carsten Breuer soll der Zentrale vorstehen. Breuer hatte bis vor Kurzem noch dem Corona-Stab der Bundesregierung im Kanzleramt vorgestanden. (ale)

GROSSBRITANNIEN VERSPRICHT UNTERSTÜTZUNG FÜR WIEDERAUFBAU

Lugano/DW. Vor Beginn einer Geberkonferenz für die Ukraine in Lugano hat Großbritannien dem Land andauernde Unterstützung zugesichert. Außenministerin Liz Truss werde ankündigen, dass die Regierung in London »alles Mögliche tun wird, um sicherzustellen, dass die Ukraine den Krieg gewinnt und sich erholt«. Wie das britische Außenministerium weiter mitteilte, bat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj das Vereinigte Königreich, sich für den Wiederaufbau der Hauptstadt Kiew und des gleichnamigen Gebiets einzusetzen. »Großbritannien hält an seiner Unterstützung der territorialen Integrität der Ukraine fest und wird an der Seite der Ukraine stehen, wenn sie sich zu einer starken, blühenden und hochmodernen Demokratie entwickelt.« (ale)

»BELIEBTESTER PÖBEL-DIPLOMAT«

Frankfurt am Main/DW. Der Journalist und Verleger Mathias Bröckers, der als einer der führenden Intellektuellen Deutschlands gilt, hat den Botschafter der Ukraine in der BRD, Andrij Melnik, scharf kritisiert. Dieser sei mit seinem Auftreten ein »Pöbel-Diplomat« und im Grunde nur in Berlin eingesetzt, um Waffenlieferungen und Geld zu fordern. Außer dem Schlachtruf des ukrainischen SS-Kollaborateurs Stepan Banderas (»Heil Ukraine«) habe Melnyk »nicht allzuviel in der Birne«, so Bröckers auf seinem Portal *broeckers.com* vom 4. Juli. (ale)

»Wir dürfen das Land nicht denen

Dr. Paul Brandenburg gehört zu denjenigen, die dem Lügen-Narrativ der Regierung von Beginn an vehement widersprochen haben. Die »Belohnung« für seinen couragierten Einsatz: Eine schwerbewaffnete Regime-Truppe stürmte seine Wohnung. Doch davon lässt sich der Mediziner nicht einschüchtern. DW-INTERVIEW *von Klaus Müller*

Herr Doktor Brandenburg, wie fühlen Sie sich als vermeintlicher Staatsfeind?

DR. PAUL BRANDENBURG (lacht): Gut. Wenn böse Menschen einen bekämpfen, ist das ein Kompliment für mich. Es zeigt: Ich mache viel richtig. Aber natürlich sehe ich mich selbst nicht als Staatsfeind, ich bin lediglich ein Gegner unseres derzeitigen Regimes.

Am 23. Mai – also ausgerechnet am »Tag des Grundgesetzes« – stürmte kurz vor 6 Uhr morgens ein Spezialeinsatzkommando Ihre Wohnung. Hintergrund war eine Ermittlung gegen Sie wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und eine vermeintliche Gewaltbereitschaft. Was sagen Sie dazu?

P.B.: Die Polizei fand in meiner Wohnung nur legale Waffen, ich bin seit vielen Jahren Sportschütze und Jäger. Die Aktion mit der Behauptung zu begründen, ich wäre gewaltbereit, ist purer Sarkasmus, ein Treppenwitz.

Haben Sie eine Erklärung für den morgendlichen Überfall?

P.B.: Die angeblichen Kriegswaffen können es nicht gewesen sein. Nach diesen suchten die Beamten sogar in meinem Unterhosenfach. Ich stand grinsend daneben und bemerkte: »Das müssen aber kleine Waffen sein.« Für mich ist klar: Es war ein Einschüchterungsversuch. Es geht darum, Menschen, die die Regierung kritisieren, mundtot zu machen und zu terrorisieren.

Wie lief der Besuch der ungebetenen Gäste ab?

P.B.: Die Haustüre wurde aus den Angeln geknallt und ich unsanft aus dem Schlaf gerissen. Es war, als wäre ein Lastwagen hereingerast. Ich wusste nicht, wie mir geschieht, hatte Todesangst und dachte: »Okay, das war's!« Im nächsten Moment spekulierte ich bereits, wer da wohl gerade meine Wohnung stürmte: Ist es die *Fake*-Antifa? Oder andere Bekloppte? Als dann die Schlafzimmertüre aufflog, sah ich Polizisten mit vorgehaltenen Waffen – und war erleichtert. Ein riesiger Druck fiel von mir ab. Ich sagte mir: »Okay, die sind's. Die werden mich vermutlich nicht gleich umbringen.«

Wie ging es weiter?

P.B.: Ehe ich mich versah, küsste ich die Dielen meines Schlafzimmers. Mit dem Bauch auf dem Boden liegend wurden mir Handschellen angelegt.



Klaus Müller war international als Sportredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher *People*-Journalist.

Können Sie seitdem noch gut schlafen?

P.B.: Schon, nur wenn ich morgens im Flur merkwürdige Geräusche höre, denke ich sofort: »Oh, nein, es geht schon wieder los.« Aber ohne kokettieren zu wollen: Ich bin überzeugt, dass ein Großteil der Menschen, die Polizeibrutalität zu spüren bekamen, Schlimmeres erlebt haben als ich. Dennoch macht es natürlich was mit einem. Ich war vor allem maßlos sauer über die Kaltschnäuzigkeit und die terroristischen Umtriebe unseres Staates.

Sie sind nicht der erste Arzt, der im laut Steinmeier »besten Deutschland aller Zeiten« Opfer von Polizeigewalt geworden ist. Hätten Sie damit gerechnet, dass es auch Sie treffen kann?

P.B.: Wochen zuvor hatte ich zu Freunden gesagt: »Irgendwann kommen die auch zu mir.« Dass die Polizei mich belästigen könnte, war mir klar, nicht aber, dass sie mit einem SEK meine Wohnung stürmen würden. Wenn man nicht gerade eine Bank überfallen oder Geiseln genommen hat, rechnet man damit nicht.

Wird man Sie mit derartigen Aktionen einschüchtern können?

P.B.: Nein! Sicher nicht! Sollte dies das Ziel gewesen sein, wäre es eine sehr naive Hoffnung. Das Gegenteil ist der Fall: Es motiviert mich, nun erst recht mit doppelter Kraft weiterzumachen. Positiv ist: In meinem Umfeld stelle ich fest, dass bei Menschen, die dem Regime bis dato wohlgesinnt gegenüberstanden, durch solche absurden Maßnahmen ein Umdenkungsprozess stattfindet. Mit jedem weiteren Vorfall dieser Art verliert das Regime mehr Bürger und schafft sich Märtyrer.

Sie sind Notfallmediziner, haben auf die Gentherapie verzichtet und dürfen wegen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht, so sagen Sie selbst, »theoretisch nicht mehr arbeiten«. Was heißt das konkret?

P.B.: Ich bin derzeit ausschließlich als Publizist tätig. Zuvor habe ich viele Jahre als Honorararzt gearbeitet, also vertretungsweise in Rettungsstellen und auf Intensivstationen Dienste übernommen. Das wäre jetzt nicht mehr möglich, ich dürfte nicht mal mehr im Rettungswagen sitzen, tue das seitdem auch nicht und sage: »Rettet euch doch selbst!« Wenn wir ein Minderangebot an Ärzten und Pflegekräften bekommen sollten, ist das von der Politik gewollt.

Politiker sprechen gern in der Wir-Form, zum Beispiel: »Wir müssen frieren für die Ukraine.« Dabei sitzen sie selbst im Winter sicher nicht bei 15 Grad im Wohnzimmer. Wasser predigen und Wein trinken – oder wie sehen Sie das?

P.B.: Herr Habeck behauptet, er würde nun kürzer duschen. Ob das eine gute Idee ist für einen Grünen? (lacht) Diese Rhetorik ist der Versuch, die Bürger mit ins Boot des totalitären Kollektivismus zu holen.

Haben Sie heute schon geduscht?

P.B.: Ich dusche täglich, an heißen Tagen sogar zweimal. Schande über mich!

Diesem ideologischen links-*woken* Gesellschaftsprojekt, für das Sie gerne den Begriff »Woko Haram« verwenden, begegnen Sie mit Humor und Ironie. Anders lässt es sich nicht ertragen?

P.B.: Die »Wokos« haben eines gemeinsam: Sie nehmen sich bierernst, wollen anderen ihre Haltung aufzwingen und gießen Spott aus über alle, die da nicht mitmachen wollen. Ich halte es für notwendig, dass wir diesen Leuten ins Gesicht lachen. Lassen wir sie an unserer Lebensfreude ersticken. Es ist das beste Mittel, um sie vorzuführen und zu entlarven. Nehmen Sie Karl Lauterbach: Er hält sich für unfehlbar. Dabei sollte man sich ständig hinterfragen und davon ausgehen, dass man immer wieder Fehler macht – dies ist vor allem in der Wissenschaft unabdingbar.

Sie sagen, der Staat sei »ein faschistisches Regime« geworden und schere sich nicht mehr um unsere Grundrechte. Der Begriff Faschismus verschreckt manche Menschen. Warum nutzen Sie ihn dennoch wiederholt?

P.B.: Weil es angemessen ist. Es bringt nichts, um den heißen Brei herumzureden. Von Euphemisierung halte ich nichts – das ist die Methode des Regimes: Tarnen, verschleiern, beschönigen. Ganz wichtig: Man darf den Faschismus, den wir derzeit in Deutschland haben, nicht mit dem Nationalsozialismus gleichsetzen. Das ist unzulässig, denn es spielt das millionenfache Leid der Opfer der NS-Gewaltherrschaft herunter. Deshalb finde ich es völlig daneben, wenn man den Judenstern auf Demos missbraucht. Der Faschismus in seinem Kern ist eine totalitäre Ideologie, die darauf ausgerichtet ist, Hass auf unliebsame Minderheiten zu projizieren, diese auszugrenzen und dann wirtschaftlich und seelisch zu vernichten. Das geschieht in unserem Land.

Wir haben in Deutschland eine große Ansammlung von Politikern, für die Skandale, Peinlichkeiten und Bösartigkeiten fast zur Tagesordnung gehören. Wer sind für Sie die übelsten Figuren?

P.B.: Karl Lauterbach ist ein vollkommen skrupelloser Gewaltverbrecher und sicher einer der schlimmsten Exponenten dieses Regimes. Ebenso Markus Söder, der von einer »Corona-RAF« spricht, Maßnahmenkritiker in eine Ecke mit Mördern stellt. Nancy Faeser ist die größte Verfassungsgegnerin. Sie möchte mit Hilfe von Thomas Haldenwang (Präsident d. Inlandsgeheimdienstes Bundesamt f. Verfassungsschutz/ Anm. d. Red.) in unserem Land Zustände erreichen, wie wir sie aus der DDR kennen.



»Ich werde mich nicht einschüchtern lasse
den Stinkefinger. Sein Podcast »Nacktes Ni

... überlassen, die es kaputtmachen!«



...n!« *Mit Selbstironie ist vieles erträglicher: Paul Brandenburg zeigt dem Regime ...iveau« erreicht 80.000 Zuhörer pro Woche, Tendenz steigend.* Foto: Michael Rahn

Was stimmt mit den Politfiguren nicht?

P.B.: Ich glaube, die meisten von ihnen verfügen über eine durchschnittliche Intelligenz, sind aber charakterlich so verdorben, dass ihnen jegliches Schamgefühl abgeht. Nehmen wir Franziska Giffey: Sie ist eine berufsmäßige Betrügerin, ihr Mann ebenso. Man kann hier also von Clan-Kriminalität sprechen. Er verlor seinen Job als Beamter, weil er bei Arbeitszeiten und Reisekosten betrogen hat. Die Frau hat ihre Doktorarbeit gefälscht, auch für ihre Magisterarbeit massiv abgeschrieben. Sie ist es gewohnt, mit Täuschung, Lügen und Betrug voranzukommen, hat keinerlei Unrechtsbewusstsein. Eine Mischung aus Borniertheit und Arroganz, weil sie sich offenbar einer Elite zugehörig fühlt, für die andere Maßstäbe gelten. Bei Annalena Baerbock ist es nicht anders.

Was würden Sie tun, wenn Karl Lauterbach morgens beim Bäcker plötzlich neben Ihnen stünde?

P.B.: Ihn zum wiederholten Male einladen, mit mir eine öffentliche *Live*-Diskussion zu führen. Darauf hat er offensichtlich keine Lust. Leider.

Denken Sie, dass er sich jemals vor Gericht für seine Taten als Gesundheitsminister wird verantworten müssen?

P.B.: Nein, daran glaube ich nicht. Ich fürchte, es wird in diesem Land in absehbarer Zeit – wenn Otto-Normalverbraucher nicht mal eben 5.000 Euro für die Gasrechnung nachzahlen kann und es keinen Sprit mehr gibt – zu schweren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verwerfungen kommen, die instabile Verhältnisse nach sich ziehen. Dann wird man mit anderen Dingen zu tun haben als mit der Corona-Aufarbeitung.

Die Gentherapie bezeichnen Sie als Jahrhundertkatastrophe, die auch deshalb möglich war, weil ein fast kompletter Berufsstand versagt hat. Wie konnte das passieren?

P.B.: Die deutsche Ärzteschaft ist ein von Obrigkeit geprägter Berufsstand mit einer mittelalterlichen Hierarchiegläubigkeit. Nur ein Beispiel: Als Bundesärztekammer-Präsident Klaus Reinhardt Ende 2020 den Nutzen der Masken anzweifelte, forderte Lauterbach nur einen Tag später dessen Rücktritt. Was machte Reinhardt? Statt auf Fakten zu verweisen, ruderte er zurück, entschuldigte sich und hielt fortan seinen Mund.

Gerade Lauterbach hätte derzeit viele wichtige Aufgaben zu erledigen. Das Gesundheitswesen kränkelt an allen Ecken und Enden...

P.B.: Mit Lauterbach wurde der Bock zum Gärtner gemacht. Er ist einer derjenigen, der das jetzige Krankenhausfinanzierungssystem miterschaffen hat. Vom Frosch zu erwarten, dass er den Sumpf trocken legt, ist sehr naiv. Die Reformerfordernisse sind riesengroß, aber Herr Lauterbach kümmert sich offenbar um nichts anderes als Corona.

Was erwarten Sie für den kommenden Herbst?

P.B.: Es wird ungemütlich. Egal, ob sie es Corona oder Affenpocken nennen – sie werden wieder Panik und Hysterie schüren. Inzwischen stellen sogar heiße Sommertage angeblich eine Gefahr dar. In Frankreich wurde zuletzt ein Klima-*Lockdown* ausgerufen. Angeblich müssen die Menschen vor sich selbst geschützt werden. Mit dem Bürokratie-Monster EU sind wir weiter mit Vollgas auf dem Weg in Richtung eines bevormundenden Nanny-Staates, der jegliches gesundheitliches Lebensrisiko missbraucht, um Einschränkungen des Privatlebens zu begründen. Dazu gesellen sich die von der Politik selbst erzeugten Probleme, weil man sich entschieden hat, Russland als Reich des Bösen komplett vom Diskurs auszuschließen.

Die Freiheitsbewegung ist kein Sprint, sondern ein Marathon. In welcher Phase sehen Sie uns?

P.B.: Bisher bin ich nur einen Halbmarathon gelaufen (lacht). Man sagt, die wirklich harte Phase beginnt ab Kilometer 30. Ich glaube, diesen Punkt erreichen wir bald. Im Winter wird es zu einer dramatischen Verschlechterung unserer Lebensqualität kommen. Ich hoffe sehr, dass dadurch neue und positive Energien freigesetzt werden. Wir müssen weiter auf die Straße gehen, dabei auf jeden Fall friedlich bleiben, denn wir dürfen dem gewaltbereiten Regime keine Angriffsfläche bieten. Außerdem müssen wir uns weigern, diesen Wahnsinn weiter mitzumachen: Schmeißt die Masken weg! Vergesst die Nachweise! Gewisse Unannehmlichkeiten, die dadurch entstehen, müssen wir ertragen.

Der Wahnsinn wird erst aufhören, wenn wir alle nicht mehr mitmachen. Es hat aber den Anschein, als wäre das Leben für die meisten noch recht normal...

P.B.: Je länger die Gewaltherrscher an der Macht sind, desto schrecklicher werden auch dieses Mal die Folgen sein. Faschismus funktioniert aber nur, wenn die Menschen mitmachen. Es scheint mir offensichtlich, dass wir als Gegner dieses Regimes nicht die Mehrheit stellen. Ich glaube, der Großteil der Bevölkerung hält sich derzeit noch ängstlich zurück und versucht, möglichst ohne Stress und Konfrontation durch den Alltag zu kommen. Das wird den Menschen aber aus den erwähnten Gründen nicht mehr lange gelingen.

Die noch nicht aufgewachten Bürger werden oft als »schlafende Schafe« bezeichnet. Wie finden Sie das?

P.B.: Anmaßend. Ich halte es grundsätzlich für falsch, andere missionieren zu wollen. Darin liegt oft die Wurzel allen Übels. Wir haben nichts zu verkaufen, müssen niemanden überzeugen. Was zählt: Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen, sollten für alle Menschen, die anfangen zu zweifeln, ansprechbar sein und sachlich unseren Standpunkt vertreten. Die Wahrheit wird sich am Ende immer durchsetzen.

Fühlen Sie sich in Deutschland noch wohl?

P.B.: Ganz klar: Nein! Wir haben keinen funktionierenden Rechtsstaat mehr. Selbstverständlich gibt es deutlich schlimmere Orte in dieser Welt. Aber wer nicht jeden Morgen den Fahneneid leistet und »Hurra Corona« brüllt, wird niedergemacht. »Bleib gesund« ist das neue »Heil Hitler«. Wir dürfen das Land nicht denen überlassen, die es kaputtmachen. Deshalb werde ich unermüdlich weiter für Freiheit und Demokratie kämpfen.

Herr Brandenburg, wir danken Ihnen für das Gespräch!

TOTALVERSAGEN DES RECHTSSTAAT

DW-INTERVIEW: ***Der Jurist Alexander Christ hat mit seinem Buch »Corona-Staat: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Menschlichkeit zur Pflicht« eine sachliche und grundlegende juristische Aufarbeitung des Corona-Regimes vorgelegt.***

DW: Ihr Buch steigt gleich mit großen Fragen ein. Wie kann man Recht von Unrecht unterscheiden, Herr Rechtsanwalt?
Alexander Christ: Ich gehe davon aus, dass jeder Mensch etwas in sich trägt, was ich als inneren Kompass bezeichne. Bei der Anwendung des inneren Kompasses denke ich an Hannah Arendt mit ihrem Modell des inneren Gesprächs. Man stellt sich außerhalb von sich selbst und fragt in einer sokratischen Art, wie man sich verhält. Dabei spiegelt man sich an verschiedenen Orientierungsmarken, um zu schauen, ob das eigene Verhalten noch richtig ist oder ob es die Grenzen anderer tangiert. Das Besondere an diesem Kompass ist, dass man ihn gar nicht selber einnorden kann. Man kann versuchen, die Nadel zu stoppen, aber sie zeigt immer nach Norden. Außer man hält einen Magneten hin und verändert die Richtung künstlich.

Sie sprechen von einem Corona-Staat, den sie mit Dynamisierung charakterisieren. Was meinen Sie damit?
Wir haben gesehen, wie die Politiker von einer Regelung zur nächsten hetzten. Wir Juristen haben uns mit einer Regelung beschäftigt, da kam schon die nächste Regelung auf den Markt. Gleichzeitig fand eine Technisierung statt, die Automatismen festlegte. Da gab es Regeln, die automatisch in Kraft traten, wenn bestimmte willkürliche Grenzwerte erreicht wurden. Diese Regeln mussten dann eingehalten werden und wer dagegen verstieß, wurde von den Richtern automatenhaft abgehandelt. Was verloren gegangen ist, ist die Beachtung der Emotionen, die Beachtung der Gefühlslage der Menschen, der Schutz der Minderheit und die Beurteilung des tatsächlichen Sachverhaltes. Wenn man das dann mit Hannah Arendt, Ernst Fraenkel oder auch Carl Schmitt betrachtet, ist vollkommen klar, dass diese Dynamisierung und Technisierung Zeichen eines aufkommenden Totalitarismus darstellen.

Der dritte Teil Ihres Buches beschäftigt sich nach Rechtsetzung und Rechtsanwendung mit der Rechtsprechung. Wie ist es um die Unabhängigkeit der Justiz bestellt?
Man sieht, dass eine neue Staatsräson eingeführt wurde, der sich alle Teile des Staates unterordneten. Der Gesundheitsschutz wurde an erste Stelle, über die Menschenwürde gestellt. Eine Umwertung der Werte. Wir haben eine Justiz, die auch vielfach ganz offen bekennt, dass sie dieser neu deklarierten Staatsräson folgt. Hinzu kommt, dass die Gerichte voneinander abschreiben, sie geben sich keine Mühe, sie arbeiten mit Stereotypen, sie verurteilen die Gesinnung, anstatt sich den Sachverhalt anzusehen. Auch wurden die Einzelumstände nicht geprüft. Man hat sich in den Gerichten in der Beurteilung der Corona-Lage auf das verlassen, was man von einer einzelnen weisungsgebundenen Bundesbehörde, nämlich dem RKI, gehört hat. Es wurde nur genommen, was von dort vorgelegt wurde. Den Aussagen des RKI wurde Wahrheit unterstellt und das gilt bis heute. Da sieht man dann, dass diese schlecht gemachten Gesetze, die beispielsweise von Polizei oder Lehrern noch schlechter umgesetzt wurden, von der Rechtsprechung noch viel schlechter behandelt worden sind. Es geht in einem Bogen der Qualität gewaltig nach unten. Es war auf ganzer Linie ein Totalversagen des Rechtsstaats.

Warum haben Sie im Untertitel Ihres Buches das Wort Widerstand durch Menschlichkeit ersetzt?
Ich wollte dem normalen Gedanken Widerstand, den jeder gleich bei diesem Zitat hat, eine zweite Bedeutung mitgeben. Klar ist Widerstand Pflicht und wir geben nicht auf. Wir werden den Kampf um den Rechtsstaat weiterführen. Der Widerstand bleibt Pflicht. Aber es ist von Anfang an ein friedlicher, ein menschlicher Widerstand. Es bleibt Pflicht, einen menschlichen Widerstand für die Menschlichkeit zu führen.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp. Das gesamte Interview finden Sie auf dem Youtube-Kanal des Demokratischen Widerstands.



KIRCHE EXKOMMUNIZIERT SICH SELBST

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Gert Zenker

In den Junitagen 2022 saß der Gemeindekirchenrat einer sächsischen Kleinstadt zu Gericht über einen jungen Christen Mitte zwanzig, selbst Mitglied des Rates.

Ihm droht die Exkommunikation, weil er an der Montagsbewegung teilnimmt und Vergleiche zieht zu früheren Zeiten. Dies sei ein undemokratisches Verhalten, eines Christen nicht würdig. Unabhängig vom Ausgang der Sache – schon allein die Idee der Exkommunikation aus solchem Grunde ist verwerflich, lächerlich und bitter ernst zugleich.

Wo sind wir hingeraten?! Auf der einen Seite steht die Ächtung und der Bann, der Nonkonforme trifft, auf der anderen Seite trennen sich Christen von ihrer Kirche, der sie ein unkritisches, angepasstes Verhalten in der Krise 2020/22 vorwerfen. Die einen verlassen die Kirche, andere werden aus ihr hinausgetrieben, wieder andere halten gar nichts von ihr. Dies alles, der Niedergang des Gottvertrauens als einer tiefen Sinngebung und seine gezielte Verfemung, gehört klar zum Programm des *Great Reset*, der Großen Zurücksetzung.

Als protestantischer Christ, der den gekreuzigten und auferstandenen Christus bekennt, sitze ich zwischen den Stühlen, sehe mich gezwungen, an beiden Fronten zu kämpfen: den Glauben, das Gottvertrauen gegen seine Spötter zu verteidigen – und gegen seine falschen Propheten, die mit ihrer Propagandahörigkeit dafür sorgen, dass man sich seiner Kirche, ob katholisch oder evangelisch, reichlich schämen muss.

Bischöfe preisen das Ja zur Impfung als einen Akt der Nächstenliebe oder plädieren gar für die Impfpflicht wie Herr Timmerevers in Dresden.

Was Baruch Spinoza in seinem Politischen Traktat (V.4) vom Staate sagte, passt abgewandelt auch auf die Kirche: Übrigens ist eine Kirche, deren Frieden nur auf der Kleingläubigkeit ihrer Bischöfe beruht, die ihre Schafe wie Tiere führen, damit sie allein der Angst-Göttin Corona und ihrem Maßnahmen-Dekalog zu dienen lernen, eher als Stall denn als Kirche zu bezeichnen. – Und dies ist nicht der Stall, in dem Jesus zur Welt kommt.

Dr. theol. Gert Rudolf Zenker. Theologe und Literat. Herausgeber der WendeBlätter 2020 (www.wb2020.de)

POP POP

Von Nicolas Riedl

HOWARD CARPENDALE
LIVE MIT BAND
Support: Christian Lais
02.07.2022
BUTZBACH
SCHLOSSHOF
ABSAGE

Erst liefert er die Zeilen für die Spritz-Kampagne, nun muss Howard Carpendale sein Konzert »coronabedingt« absagen.
Foto: instagram_howardcarpendale

HELLO AGAIN AND GOOD BYE AGAIN

Mit dem Lied »Hello again« des Schlagerstars Howard Carpendale warb die Bundesregierung letztes Jahr für die tödliche Gen-Spritze. Ein Videoclip der Kampagne sollte suggerieren, mittels der Spritze könnten sich die Bürger »das volle Leben zurück« holen. Diese Lüge ist unlängst entlarvt. So musste etwa Carpendale selbst sein Konzert in Butzbach aufgrund einer »Corona-Infektion« absagen.



Bei Schröders Kriegsrhetorik platzt Serdar Somuncus Kragen.
Foto: Screenshot von rbb.

SERDAR SOMUNCU ÜBERTÖNT DIE KRIEGSTROMMELN

In einer *Live*-Sendung des *rbb Radio-EINS* war Comedian Serdar Somuncu gar nicht zu Scherzen aufgelegt. Ganz im Gegenteil las er seinem Kabarett-Kollegen Florian Schröder ordentlich die Leviten im Hinblick auf die Abstrusität und den Größenwahn der aktuellen Kriegsrhetorik.

Schröders Nato-linientreue Antworten fielen kleinlaut aus und bewiesen eine dramatische Unkenntnis in Sachen Geopolitik und waffentechnischer Kräfte- und Zerstörungsverhältnisse. Auch an das unbedacht klatschende Publikum richtete Somuncu scharfe Worte.

Er warf diesem vor, dass es nun die politische Leichtfertigkeit beklatschen, aber beim ersten Bombeneinschlag auf Berlin als erstes an die Bunkertüren klopfen würden.

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Macht in weltweiten Lieferketten. Eine Flugschrift
Christoph Scherrer

Vsa Verlag
978-3-96488-124-3



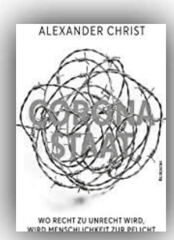
5G-Wahnsinn. Die Risiken des Mobilfunks - Das gefährliche Spiel mit den Grenzwerten - Die strahlungsarmen Alternativen
Klaus Buchner, Monika Krout
Mankau Verlag
978-3-86374-608-7



Herdengesundheit.
Der Weg aus der Corona-Krise und die natürliche Alternative zum globalen Impfprogramm
Michael Nehls
Mental Enterprises
978-3-9814048-7-6



Heile und Herrsche!
Eine gesundheitspolitische Tragödie
Bernd Hontschik
Westend
978-3-86489-358-2



Corona-Staat.
Wo Recht zu Unrecht wird, wird Menschlichkeit zur Pflicht
Alexander Christ
Rubikon
978-3-96789-032-7



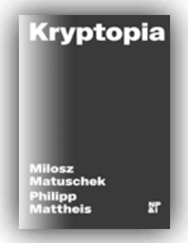
Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich.
Die neue Klassenjustiz
Ronen Steinke
Berlin Verlag
978-3-8270-1415-3



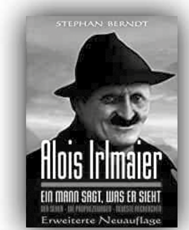
Dispositive der Macht.
Über Sexualität, Wissen und Wahrheit
Michel Foucault
Merve Verlag
978-3-920986-96-8



Begräbnis der Aufklärung?
Zur Umcodierung von Demokratie und Freiheit im Zeitalter der digitalen Nicht-Nachhaltigkeit
Ulrike Guérot
Picus Verlag
978-3-7117-3015-2



Kryptopia.
Philip Mattheis, Milosz Matuschek
Nicolai Publishing & Intelligence
GmbH
978-3-96476-019-7



Alois Irlmaier.
Ein Mann sagt, was er sieht
Stephan Berndt

Reichel Verlag
978-3-941435-01-8

Neuer Bruder

Von Anselm Lenz

Vorausgegangen war ein abstruser Heckmeck um den Ort. Die auf den Kurs der Monopolkonzerne gleichgeschalteten Partei Die Linke (PdL) hatte das zugesagte ND-Gebäude in Berlin-Mitte wieder hinfort intrigiert.

Der Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP) findet an diesem Wochenende in Berlin-Kreuzberg statt – an durchaus internationalem Ort! Der weltweit angesehene Professor Klaus-Jürgen Bruder war zuvor von jenen, die seine eigene Haus- und Schutzmacht sein müssten, weggemobbt worden. Die PdL tut alles, um ihre eigenen Zugpferde zu vergraulen. Ich möchte in aller Sachlichkeit und sogar einem Rest an Sympathie anmerken: Sie ist derzeit fast nur noch eine Grube von Günstlingen, Untalentierten, Charaktermasken, Schlappschwänzen, Dummtussis und Bestochenen. Es gibt leider nichts zu beschönigen.

Bruder hat ein ganzes Lebenswerk der Sache der Linken gewidmet. Doch die Krone des neofeudalen Kapitals, die »Corona« (nach Art des Auftretens der Putschisten wohl auch »Krone der Schöpfung«), hat die PdL in den tödlichen »Burgfrieden« putschiert. Dort: die Dimitroff-These wohl in Vergessenheit, der Schwur von Buchenwald gerade noch ein Meme. Das wars für die PdL. Dies obwohl die erfolgreichsten



Professor Klaus-Jürgen Bruder. Foto: Tanja Paoli

Linken der Welt sich von Beginn an klar gegen das Corona-Regime gewandt haben. Darunter Evo Morales, Präsident Boliviens, Sozialist und Vorkämpfer der Ureinwohner. Ebenso das traditionelle Herz der Internationalen, die KpdRF in Rußland. Nicht zu vergessen: Wissenschaftskoryphäe bei der Analyse der Biopolitik, Professor Giorgio Agamben, dankenswerterweise Co-Herausgeber dieser Wochenzeitung. Sie verteidigen das Bürgerrecht, den Nürnberger Kodex, ja, das Menschenrecht und das Menschsein gemeinsam mit Liberalen und rationalen Rechten.

Das vorliegende Werk beim Kongress, »Corona – Inszenierung einer Krise« (Sodenkamp & Lenz Verlag, Berlin 2022), steht nun in der sinnvollen Abfolge des Werkes Professor Bruders und seiner Co-Herausgeberinnen. Zuletzt war 2020 noch »Macht – wie die Meinung der Herrschenden zur herrschenden Meinung wird« bei Westend erschienen. Doch die letzte Bastion der Kritik unter den Verlagen in der BRD knickte unter Druck der Konzerne ein. So habe ich mit meinem jungen Kollegen Hendrik Sodenkamp die Indianerehre, Bruder verlegen zu dürfen. Wären die Umstände nicht so grausam, wäre dies nichts als ein Glücksfall.



SPORT MIT BERTHOLD

ICH WÜNSCHTE, ICH WÜRDE MICH FÜR TENNIS INTERESSIEREN (TEIL 1)

Wimbledon: Im Viertelfinale trafen zuletzt zwei Deutsche aufeinander – leider ohne Punktwertung für die Weltrangliste, weil einige der besten Sportler aus politischen (oder »hygienischen«) Gründen fehlen.

Das Hin- und Herschlagen der Bälle kann bei längeren Ballwechseln einer guten Diskussion gleichen. Das beste Argument soll sich durchsetzen! Das geht nur, wenn nicht von vornherein ausgeschlossen wird. So steht es auch beim Thema der Medizin. »Gesundheit verboten«, lautet der Titel eines empfehlenswerten Buches von Dr. Andreas Kalcker. Argumente sollten zumindest zugelassen werden. Die dazugehörige Eigenverantwortung muss jeder selber übernehmen können. In Bolivien ist zum Beispiel Chlordioxid (CDS) als günstiges Medikament zur Behandlung und Vorbeugung von Covid zugelassen! In Deutschland wird es problemlos zur Wasserreinigung eingesetzt. Wichtig beim Einsatz von CDS als Medikament ist die feinsäuberliche Dosierung. Beim Ärztenetzwerk comusav.de gibt es zu diesem und anderen Themen Informationen und Erfahrungsberichte.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

HOFFNUNG IST VIEL ZU PASSIV. WIR BRAUCHEN WILLEN. LEONARD COHEN

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 96. Ausgabe ab Samstag, 9. Juli 2022. | Redaktionsschluss war am 7. Juli. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. **| Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN DE68 1001 0123 2493 3614 28. BIC/SWIFT: QNTODEB2XXX**.

Chefredakteur: Anselm Lenz. **Stellv. Chefredakteur:** Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi. **Ressortleitung Wirtschaft & Soziales:** Hermann Ploppa. **Ressortleitung Naturwissenschaft:** Markus Fiedler. **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin, Flo Osrainik, Felix Feistel. **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Hannes Henkelmann, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Luca Wagner, Anke Behrend, Clark Kent, Dirk Sattelmaier, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 97 erscheint am 16. Juli 2022.